

Bäcker-Zeitung.

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Gehülfen, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse
der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Dresden).

Herausgegeben und redigirt von D. Allmann, Hamburg, Bergstr. 17, 1. St.

Erscheint alle 14 Tage, Sonnabends.

Offizielles Organ des Verbandes
der
Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Hamburg).

Bereins-Anzeigen für die fünfgespaltene Beitzzeile oder deren Raum 10 \mathcal{M} , Geschäfts-Anzeigen 15 \mathcal{M} , doch ist bei Einfindung von Letzteren der Betrag beizufügen.

Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis.

Bereinsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 75 \mathcal{M} . — Für Einzel-Abonnements pro Quartal M. 1,20.

Hierzu eine Beilage.

Richtung, Kollegen Deutschlands!

Ein erfreulicher Aufschwung unserer Organisation, die Gründung einer ganzen Reihe neuer Mitgliedschaften und ein Zuwachs an Mitgliederzahl ist in diesem Sommer und Herbst in unserer Bewegung zu konstatieren! Neues Leben und neuer Muth in dem Bewußtsein der eigenen Kraft und der Macht der Organisation ist in die Reihen unserer Kollegen eingezogen, hauptsächlich wohl verursacht durch die errungenen großartigen Erfolge in Hamburg-Altona-Wandsb. Aber nicht bloß in der Stärkung und Verbreitung des Verbandes macht sich dieser frische Zug bemerkbar, nein, in verschiedenen Orten sind auch die Kollegen dabei, durch die Macht der Selbsthilfe einen energischen Vorstoß zu wagen, ihre traurigen Existenzbedingungen wenigstens einigermaßen menschlicher zu gestalten. Sie wollen nicht mehr jene geduldbigen Schafe sein, welche sich jede Entrechtung, jeden neuen Unterdrückungsversuch seitens der prozigen Innungsmeister geduldig gefallen lassen, und raffen sich auf, einmal aufzuräumen mit dem System der Knechtschaft, ihre elende wirtschaftliche Lage zu verbessern und die schlimmsten Uebelstände in den Bäckereien auszumergen.

So haben die Kollegen in Würzburg den Meistern minimale Forderungen eingereicht (siehe dieselben an anderer Stelle dieses Blattes), die Innungsmeister haben darauf garnicht oder Einige nur mit Gemeinheiten und cynischem Hohn geantwortet, wodurch unter den dortigen Kollegen, sowie der gesammten Arbeiterschaft eine kolossale Erbitterung gegen die Innungsprozen heraufbeschworen ist. Leicht kann daraus ein schwerer Kampf entstehen, und deshalb gilt es jetzt, den Zuzug nach Würzburg fern zu halten, schon jetzt die Massen der Kollegen aufzuklären, um was es sich handelt.

Auch in einigen Städten in Rheinland und Westfalen herrscht eine rege Kampfesstimmung unter den Kollegen. Dort will man die Sonntagsarbeit beseitigen, welche schon in einem großen Theile der Bäckereien jener Gebiete zum Nutzen der Meister wie Gesellen abgeschafft worden ist. Aber die übrigen Meister zeigen keine Lust, auf die Wünsche unserer Kollegen einzugehen, und können auch aus dieser Bewegung leicht ernste Kämpfe entstehen.

Es heißt deshalb mehr als sonst: „Alle Mann auf den Posten“, um gerüstet zu sein, unseren Gegnern gewappnet gegenüber zu stehen. Vor allen Dingen ist es Pflicht der Vorstände solcher Mitgliedschaften, wo ähnliche Bewegungen im Gange sind, den Verbandsvorstand schnell und eingehend zu unterrichten über das, was sich in der Bewegung zuträgt, und dringende Pflicht aller Vorstände der Mitgliedschaften und Vertrauensleute des Verbandes ist es, wenn ein Telegramm oder Zirkular des Verbandsvorstandes eintrifft, daß der Zuzug nach dieser oder jener Stadt fern zu halten ist, sofort energische Maßregeln

zu treffen, um dies Gebot der Solidarität auf schnellstem Wege auszuführen, die Kollegen durch Bekanntmachungen auf den Verkehrslotalen zu unterrichten, um was es sich handelt, zuverlässige Mitglieder als Posten an den Bahnhöfen auszustellen usw. Nur auf diese Weise wird es uns möglich sein, bei ausbrechenden Kämpfen es zu vermeiden, daß aus Unwissenheit und Unerfahrenheit massenhaft die jungen Kollegen sich zu Streikbrechern machen lassen.

Ferner ist es aber Pflicht der Mitgliedschaften, sofort und unaufgefordert beim Ausbrechen des Kampfes in einem Orte Sammlungen zur Unterstützung der Streikenden zu veranlassen.

Verbandsmitglieder! Thut alle eure Pflicht, rüftet Euch schon jetzt für bevorstehende schwere Kämpfe und werbt Mitglieder für den Verband!

Mit Brudergruß

Der Verbandsvorstand.

Ist die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbande wünschenswert?

In einer Zeit, wo wir mitten im Zeichen des Kampfes stehen, wo es gilt, in einem großen Städtekomplex die soeben schwer errungene Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufrecht zu erhalten, die Organisation in anderen Städten dahin zu bringen und durch rührige Agitation so zu stärken, daß auch dort der Verband in den Stand gesetzt wird, endlich einen ernstlichen Vorstoß zu wagen, das mittelalterliche Unterdrückungssystem in Händen unserer Arbeitgeber, das Kost- und Logiswesen beim Meister zu beizugehen, es also nirgends an Agitationsstoff mangelt, wird plötzlich die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Organ aufgeworfen, eine Frage, über die regelrecht die Gedanken im Fachorgan sowie in Versammlungen auszutauschen das ganze Denken jedes zielbewußten Verbandskollegen in Anspruch nehmen muß.

Wenn wir schon nicht behaupten wollen, daß deshalb die Erörterung dieser Frage verfrüht ist, so kommt sie doch mindestens zu etwas ungelegener Zeit, denn wir halten dafür, daß jetzt vollauf damit zu thun wäre, die gesammelten Erfahrungen bei dem für uns so günstig verlaufenen Streik auszutauschen, die dabei gemachten Fehler (solche kommen bei jeder größeren Lohnbewegung vor) zu kritisieren und dafür Sorge zu tragen, daß die kleinsten Details dieses Kampfes und die sich während desselben mitunter urplötzlich nöthig machenden Veränderungen unserer Taktik und die Kampfweise unserer Gegner zu beleuchten und so jeder Kollege mit den einzelnen Phasen dieses Streiks und Boykotts bekannt zu machen ist.

Doch muß denn nun diese jetzt so wichtige Aufgabe unter der begonnenen Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung leiden? Wir sagen: Nein!

Um letztere Frage zu klären, wird es vorerst nöthig sein, auch fernerhin die Meinungen der in der Organisation erfahrenen Kollegen im Fachorgan auszutauschen, um so eine Klärung unter den Kollegen zu schaffen, während die erstere Sache noch lange die Diskussion in den Versammlungen füllen kann, um so mehr, da ja erst jetzt durch die vom Verbandsvorstand herausgegebene Broschüre über den Streik (welche jedes Verbandsmitglied unentgeltlich erhält) die Mitglieder

erst genaue Uebersicht über Beginn, Verlauf und Ende des Kampfes bekommen werden, die Diskussion also neue Anregung erhalten wird.

Also Ersteres kann unternommen werden, während das Letztere auf keinen Fall unterlassen werden darf, denn bei jeder neuen Bewegung in einer anderen Stadt müssen die Lehren dieses Kampfes praktisch mit verwertet werden. Aber auch unsere übrigen zunächst wichtigsten Aufgaben, als da sind Bekanntgabe und Brandmarkung der sanitären Uebelstände bei der Brotbereitung, Kontrolle des Maximalarbeitstages und der Sonntagsruhe resp. durch Anzeigen von Ueberretungen die Erziehung und Bildung der Mitglieder durch lehrreiche Vorträge in den Versammlungen, brauchen keineswegs durch die Erörterung der Möglichkeit einer Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu leiden, wir sind vielmehr der Ansicht, daß gerade durch diese Erörterung (wie in einigen Eingangsblättern schon treffend geschehen) Mängel und Schäden, welche sich so massenhaft noch in den Versammlungen und Verwaltungen der einzelnen Mitgliedschaften vorfinden, kritisiert und beleuchtet werden, und die Kollegen, welche dies angeht, und wir wagen zu behaupten, daß es Alle angeht, werden wohl erfreut sein über solche wohlmeinende Kritik und sich verpflichtet halten, Mittel und Wege zu finden, wie sie ihre Versammlungen lehrreich und bildend für die Mitglieder, die Verwaltungen der Mitgliedschaften einheitlich und besser gestalten und vor allen Dingen prompte, pünktliche und gewissenhafte Führung der Verbandsgeschäfte durch die damit Beauftragten herbeiführen.

Vieles hat sich in den letzten Jahren nach dieser Richtung hin schon gebessert, aber noch viel mehr muß gebessert werden. Fehler sind noch massenhaft auszumergen, und da heißt es Kritik anlegen: die erste Hauptfache zur Besserung der Mängel und Schäden.

Schon des Vesteren haben wir ernstlich darauf hingedungen, in den Mitgliedschaften der größeren Städte, wo alte, erfahrene Vorstandsmitglieder die Geschäfte führen, welche in alle Einzelheiten der Geschäfts- und Kassenführung genau eingeweiht sind, darauf hinzuwirken, einen Kreis jüngerer Kollegen heranzuziehen, dieselben in Diskutirabenden in allen Fragen der Geschäftsführung und sonstigen uns interessirenden Sachen Anleitung zu geben, ihnen Gelegenheit zur Aussprache ihrer eigenen Meinung im kleinen Kreise zu bieten, aber noch recht viel mangelt es daran. Wie sollte man es sonst verstehen, daß uns alljährlich mehrere neu gegründete Zahlstellen wieder eingehen nur durch die Unfähigkeit der leitenden Kollegen, die in einer bewährten Mitgliedschaft treue Kämpfer unserer Sache geworden sind, in sich auch das Bedürfnis fühlen, sowie sie an einem anderen Orte in Arbeit treten, Propaganda für den Verband zu machen. Die unerfahrenen Kollegen, denen das Evangelium des Verbandes auf diese Weise gepredigt wird, sind begeistert für die Sache, verlangen nach einer Versammlung. Der Verbandsvorstand unterrichtet, so gut sich dies brieflich machen läßt, den die Versammlung einberufenden Kollegen über alle seine Obliegenheiten. Ein Referent wird zur Versammlung geschickt, er findet nichts als Begeisterung für den Verband, nimmt Mitglieder auf, giebt dem Kollegen, welcher die Sache eingefädelt, gute Lehren mit auf den Weg und muß wieder abreisen mit den besten Hoffnungen, eine neue tüchtige Zahlstelle entstehen zu sehen. Nun ist sich der junge Agitator allein überlassen, er weiß nicht oder nur halb: was nun anfangen, hat keine Zeit, sich brieflich beim Verbandsvorstand nach seinen weiteren Pflichten zu erkundigen oder mündlich dies beim Gewerkschaftskartell zu thun, was er nun zu machen hat, vollführt

er verlehrt oder nur halb; die neu gewonnenen Mitglieder bestürmen ihn, sie glauben, da sie nun Mitglieder sind, haben sie in einem Monat das, was sie wünschen, die Meister bekommen Wind von der Sache, maßregeln einige der Mitglieder und die gesammten neu gewonnenen Kämpfer verlieren den Muth und die so schön angefangene Sache ist wieder eingeschlafen. Der junge Agitator schämt sich ob seiner Mißerfolge, er wagt nicht, an den Vorstand zu schreiben, läßt Material und Wes im Stich und reißt ab, um nie wieder etwas von sich hören zu lassen oder erst ein tüchtiges Mitglied zu werden, wenn er in dem Hofen einer Großstadt eine tüchtige Mitgliedschaft geantert hat.

Das ist traurig, aber es ist der Weg einer neu gegründeten und schnell wieder verschwundenen Mitgliedschaft: das Schwinden alles Selbstvertrauens und aller Hoffnungen auf bessere Zeiten eines jungen, mit dem besten Willen besetzten Agitators.

Noch einmal! Ihr älteren, erfahrenen Mitglieder, sorgt dafür, daß dieser Uebelstand gehoben wird; sorgt, daß stets in jeder Mitgliedschaft Kollegen so weit vorgebildet sind, daß sie auch im Bedarfsfalle ersehen oder auch selbstständig an anderen Orten etwas unternehmen können. Noch mehr tüchtige, zur Verwaltung fähige und geschulte Mitglieder haben wir nötig, wenn die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden soll, sind doch dann die Geschäfte noch weit verzweigter als jetzt in den Mitgliedschaften, und was die Hauptsache ist, die Kassierer der Zahlstellen haben dann mindestens stets doppelt so viel Verbandsgelder in Händen, als sie heute haben.

Also vor allen Dingen erfordert die Arbeitslosenunterstützung tüchtige, erfahrene Kassierer und überhaupt Vorstandsmitglieder in den Zahlstellen!

Doch unsere nächste Aufgabe soll ja heute sein, zu untersuchen, ob die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wünschenswerth ist; ob es möglich sein wird, dieselbe einzuführen und auch dauernd zu erhalten? Darüber in einem weiteren Artikel. Wünschenswerth ist es auf alle Fälle, ein Mittel zu besitzen, unsere Mitglieder vor den schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen, dieselben zu mildern. Schon vom rein menschlichen Standpunkte aus muß man den Wunsch hegen, die Mitglieder vor der Noth, durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufen, zu bewahren oder dieselbe und deren böse Folgen herabzumildern. Das könnte erreicht werden, wenn die Organisation in den Stand gesetzt wird, eine Arbeitslosenunterstützung von pro Tag M. 1 zu gewähren.

Aber noch etwas Anderes kommt in Betracht, welches für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung spricht. Von den Gegnern derselben wird so oft behauptet, dieselbe raube der Organisation den Charakter als Kampfesorganisation! Wir wagen dagegen die Behauptung aufzustellen, daß mit Einführung der Unterstützung die Organisation noch mehr in ihrem Prinzip als Kampfesorganisation gestärkt wird. Sehen wir uns die Verhältnisse an, wie sie heute liegen. Fortwährend ermahnen wir die Kollegen, Uebertretungen des Maximalarbeitstages und der Sonntagsruhe zur Anzeige zu bringen, doch hat dies nur wenig Erfolg. Warum? Die Angst vor der drohenden Arbeitslosigkeit hält die Kollegen davon ab, solche Meldungen zu machen; sie wissen zu genau, daß der Arbeitgeber gleich nach erfolgter Anzeige Verdacht auf sie hat, und bei der ersten besten Gelegenheit würde ihnen die Hungerpein, die Arbeitslosigkeit winken. Deshalb häufen sie lieber mit den Meldungen solcher Uebertretungen hinter A Berge; nur einige Wenige machen eine rühmliche Ausnahme davon, kämpfen aber desto toller auf die Arbeitgeber, wenn sie arbeitslos die Herbergen füllen und die Landstraße bevölkern. Ebenso lau wird die Besetzung und

Beseitigung sanitärer Uebelstände in der Bäckerei gehandhabt. Die Kollegen treibt die Angst vor drohender Arbeitslosigkeit mehr und mehr dazu, mit stiller Resignation alles Ungemach vom Arbeitgeber ruhig hinzunehmen, und sie wagen nur, die Faust in der Tasche zu ballen!

Daß dadurch aber die Uebertretungen nicht verringert, Uebelstände nicht beseitigt werden, dürfte Jedem klar sein. Anders wird es aber, wenn die Kollegen wissen, daß sie ein Recht auf zu empfangende Arbeitslosenunterstützung haben; wenn sie wissen, daß sie vor den schlimmsten Nachtheilen der Arbeitslosigkeit geschützt sind, dann werden sie weniger als jetzt davor zurückschrecken, auf Beseitigung solcher Uebelstände zu dringen, und dadurch kann das Arbeits- und Lohnverhältnis nur gebessert werden; der Verband wird erst durch die Arbeitslosenunterstützung eine wirkliche Kampfesorganisation.

Nach lohnt es sich, darauf hinzuweisen, daß wir bisher in jedem Jahre bedeutend mehr neue Mitglieder aufgenommen haben, als am Schlusse des Jahres wirklich zahlende Mitglieder im Verbandsverbande vorhanden waren. Der Verband ist also ein Taubenschlag, welchen alljährlich beinahe ebenso viel Mitglieder nach kurzer Mitgliedschaft wieder verlassen wie in denselben neu eingetreten sind. Es ist gar keine Zeit vorhanden, in der kurzen Zeit ihrer Mitgliedschaft diese Leute zu selbständigem Denken und Handeln zu veranlassen.

Wo bleiben aber die neu gewonnenen Mitglieder? Ein Theil davon reißt ab, kommt in einen anderen Ort, wo keine Mitgliedschaft besteht, verläßt es, sich als Einzelmitglied beim Verbandsvorstand anzumelden, kommt mit den Beiträgen in Rückstand, und muß dann ausgeschlossen werden, um sich dann beim Aufenthaltswechsel wieder von Neuem als Mitglied aufnehmen zu lassen.

Einen anderen Theil verlieren wir aus den hier schon gestreiften und von den Kollegen Reymann und Juch so trefflich ausgeführten Gründen, weil ihnen in den Versammlungen nichts Belehrendes, Geistesfrischendes geboten werden kann oder die Versammlungen sich mit ödem, persönlichem Gezänk und Geschwätz beschäftigen, und so die neuen Mitglieder wieder hinauseln.

Und den dritten und nicht den geringsten Theil werden wir wieder los durch die in den Städten herrschende Arbeitslosigkeit. Wird ein Mitglied davon betroffen und war bereits schon einen oder zwei Monate mit den Beiträgen im Rückstande (die Beiträge regelmäßig monatlich in der Versammlung und bei den dort Fehlenden durch Bezirkskassierer einzutreiben, dazu können sich die meisten Zahlstellen auch heute noch nicht verstehen), so ist es zunächst darauf bedacht, seine paar Groschen zusammenzubehalten und denkt nicht an's Beitragszahlen. Von dem Rechte der Beitragsentlassung oder -Stundung während der Arbeitslosigkeit Gebrauch zu machen, dazu sind die Mitglieder zum Theil zu bequem oder schämen sich auch, mit solchem Anliegen an den Vorstand heranzutreten, sie haben auch noch den besten Willen, so halb sie Arbeit erhalten, Alles nachzubehalten; aber die Arbeitslosigkeit währt länger, als sie für möglich gehalten, sie gerathen in Schulden, und bekommen sie Arbeit, so muß zunächst ihr ganzes Sinnen und Trachten dahin gehen, die Gläubiger zu befriedigen, sich wieder Kleidung zu schaffen usw. Für den Verband hat solch ein armer Teufel verläufig nichts übrig, und will er dann wieder mitmachen, so ist es zu viel Geld für die Rückstände und er läßt sich wieder von Neuem aufnehmen. So geht es Jahr aus, Jahr ein. Einen tüchtigen, festen Stamm regelmäßig beitragszahlender Mitglieder trifft man nur in den wenigsten Zahlstellen. So konnte man noch in diesem Sommer anlässlich des Streiks in Hamburg, Altona und Wandsbek beobachten, daß von

nahezu 1200 Mitgliedern kaum über 400 bereits ein Jahr ihre Beiträge voll entrichtet, 70—80 waren fünf oder mehr Jahre bereits Mitglied und davon nur einige Wenige, kaum 30, konnten auf eine zehn- oder noch mehrjährige Mitgliedschaft zurückblicken.

Wie ist das Mitgliederverhältniß nun aber stabiler zu machen und ist Vorzorge zu treffen, daß dem Verbandsverbande nicht alljährlich Tausende von Monatsbeiträgen verloren gehen? Wir glauben, neben allen anderen Mitteln, die Versammlungen lehrreich und anregend zu gestalten, ist die Arbeitslosenunterstützung auch sicherlich ein nicht zu unterschätzendes Mittel, dies zu erreichen.

Wenn sich die Mitglieder erst bemüht sind, daß von ihrer regelmäßig erfüllten Pflicht der Beitragsleistung es abhängig ist, ob sie berechtigt sind, bei Arbeitslosigkeit vor der schlimmsten Noth durch Arbeitslosenunterstützung geschützt zu werden oder nicht, dann werden sie aus sich selbst heraus auch mehr Bedacht darauf legen, dieses Recht sich zu erwerben und zu erhalten, wodurch der Verband aber ganz bedeutend gewinnt.

Also auch im Interesse der Organisation selbst, um ihrer Stärkung und Festigung willen, ist es wünschenswerth, die Arbeitslosenunterstützung im Verbandsverbande einzuführen. Wir erwarten ja nicht eine plötzliche, riesige Entwicklung durch Einführung der Unterstützung, nein, allmählig, aber wohl etwas schneller als bisher, wird dann die Organisation vorwärts schreiten. Noch eine ganze Reihe anderer Gründe ließe sich anführen, um zu beweisen, daß die eingeführte Unterstützung segensreich für den Verband, die Mitglieder und unsere Bestrebungen fördernd wirkt, doch wir wollen uns mit diesen begnügen und in nächster Nummer die Möglichkeit der Einführung in finanzieller Beziehung beleuchten.

Lohnbewegung in Mannheim.

Unter den hiesigen Kollegen machte sich schon seit langer Zeit eine große Unzufriedenheit mit den bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen bemerkbar und fand dieselbe in Versammlungen beregten Ausdruck.

Man mußte endlich dieser Stimmung Rechnung tragen und beschloß eine am 10. November tagende, von mehr als 200 Gehülften besuchte Versammlung, folgende Forderungen an die Innung einzureichen:

1. Lohn. Den jüngeren Gehülften im Allgemeinen eine zehnprozentige Lohnerhöhung zu gewähren. Zum Auskommen sei, wenn nicht an Wäsche gespart werden soll, ein Lohnsatz von M. 5,50 die Woche unbedingt nötig.

2. Wohnung. Jedem Gehülften ein Bett allein zu überlassen und das Zugweinschlafenlassen abzuschaffen. Für jeden Gehülften einen Stuhl in den Schlafräumen aufzustellen und letztere heizbar zu machen, damit die Gefellen nicht gezwungen sind, ihren außergewöhnlichen Aufenthalt auf die Arbeitsstube zu beschränken. Ferner jedem Gehülften pro Woche zwei Handtücher zu verabreichen und mindestens alle vier Wochen die Bettwäsche zu wechseln.

3. Kost. Da die Zeit von Abends 10 Uhr bis Morgens 7 Uhr eine zu lange sei, um ohne Erfrischung auszukommen, so möge man das Bierbrot, welches allgemein ausfällt, Nachts verabreichen. Das Bierspigel sei in allen Geschäften auf mindestens 20 % festzusetzen. Diejenigen Herren Meister, welche für 12 oder 15 % ihren Gehülften ein anständiges Frühstück verschaffen könnten, möchten sozweck in natura verabreichen.

Recht bescheidene Forderungen! wird jeder Mensch sagen und diese Meinung kam auch in allen Mannheimer Blättern zum Ausdruck; man gab sich der Hoffnung hin, daß die Innung ohne Weiteres auf diese minimalen Zugeständnisse eingehen würde. Dieser Meinung gab auch der Referent in dieser Versammlung, Landtagsabgeordneter U. Geis, Ausdruck. Die Stimmung der Kollegen war eine gute, hoffnungstreudige, und ließen sich in dieser Versammlung 40 neue Mitglieder in den Verband aufnehmen. Es wurde eine siebenköpfige Lohnkommission gewählt, welche am 11. November durch ein Schreiben die Forderungen bei der Innung einreichte, worauf ihr jetzt folgende Antwort zu Theil wurde:

Auf Ihre Zuschrift vom 11. d. M. erwidern wir, daß zur Festsetzung eines Minimallohnes wir uns nicht veranlaßt sehen. Es muß dem Arbeitgeber überlassen sein, den Arbeiter nach seinen Leistungen zu entlohnen und dann werden durchgängig den jüngeren Gehülften M. 5, 5½ bis 6 bezahlt.

Wegen der Wohnungsverhältnisse wurde in unserer letzten Generalversammlung vom 25. v. M. beschlossen, daß

Der Bäckergefelle.

(Eine treffende Zeichnung des „zufriedenen“ Gefellen in der „Amerikanischen Bäckerzeitung“.)

Er ist fremdländischer Abkunft. Obgleich geboren und aufgewachsen in häßlicher Umgebung, hat er sich angeborne Vorliebe für die Stadt. Dieser Charakterzug, der ihm schon in seinem Knabenalter innewohnte, ist eine der Ursachen, welche ihn dazu brachten, den ehrsamem Beruf zu wählen, welcher aus ihm die wichtige und selbstbewußte Persönlichkeit machte, die er ist. Er verachtet Bäckergelehrsamkeit, weshalb er auch niemals sich brüsst, in dieser Hinsicht hervortreten zu sein. Schullehrer, Schreiber und dergleichen finden wenig Gnade vor Seinen Augen. Er ist sich der Thatsache wohl bewußt, daß kein Beruf an Wichtigkeit mit dem Seinen sich messen kann.

Sein Ehrgeiz ist, in der größten Stille zu arbeiten, und er sich nicht wenigstens ein paar Tage in der Stille seiner Manieren aufgeschalten und ihre Wunder zeigen zu lassen. Er wießt in einem kleineren Orte niederlassen. Er ist ein tüchtiger Mann, der in der Stille seinen Beruf ausübt. Er ist bei anderen Arbeitstenden beobachtet, abh... er willigt ihre, wie Er sich vorstellt, verderbten... er ist jetzt immer an sich ein Exempel von Nüchternheit und Sparsamkeit. In der Stille ist er ein Meister von... er ist... und Geduld. Er betrachtet es als Ehrensache, irgend einen Betrag von Arbeit zu leisten, den sein Meister für recht befindet, von ihm zu verlangen. Zeit für Erholung und zum Ver-

gnügen beansprucht er keine, denn die Interessen Seines Meisters könnten durch solche Extravaganzen Schaden leiden.

Er verheiratet sich nie, weil er fest entschlossen ist, nicht an den Ehestand zu denken, bis er den höchsten Gipfel Seines Strebens erreicht hat — wenn er Eigentümer einer Bäckerei geworden ist und der Glorienzahn der Bäckermeisterwürde Sein christliches Haupt umstrahlt. (Es muß zugestanden werden, daß es Bäckergefelle gibt, welche thätiglich geheiratet haben; sie sind jedoch zum Gegenstand des Mitleides unter ihren Kollegen von echtem Blut geworden und werden mit Recht als eine degenerierte Art des wahren Bäckergefellen angesehen.) Er braucht kein Heim. Sein Meister verleiht ihm mit väterlicher Fürsorge mit einem Obdach, entweder oben in der Dachkammer, wo es reichlich frische Luft gibt, oder unten in der Backstube, wo er geschützt ist vor unangenehmer Kälte und bösem Durchzug. Seine Frau Meistlerin läßt es sich mit außergewöhnlicher Sorgfalt angelegen sein, ihm mit der Beföstigung zu verhelfen, die sie für Seine Gesundheit und Seinen Geschmack am zuträglichsten erachtet.

Er ist kein Kirchengänger. In Wahrheit hat er keine Zeit, viel über irgend etwas nachzudenken, ausgenommen über die Pflichten Seines würdigen Berufes. Er mischt sich nie in öffentliche Angelegenheiten hinein, aus demselben Grunde; außerdem hat er ein hohes Ziel vor Augen, welches er möglicher Weise verfolgen könnte, wenn Seine Aufmerksamkeit davon abgezogen würde, auch nur für einen Augenblick: „das Besitzthum einer Bäckerei“.

Der Arbeiter-Agitator kann ihn nicht anlocken mit seinen Versprechungen von einer höheren Lebenslage, weniger Arbeits-

stunden und mehr Glück für Alle. Seine Kindheit, Sein Aufwachsen auf dem Lande, Seine natürlichen Gepflogenheiten (er liebt Seinen Berufspfeifen mit Vorliebe bei Nacht ob) haben Seinem Charakter eine ganz eigenthümliche Färbung verliehen. Es ist ungewöhnlich schwer, ihm den Glauben an die Nothwendigkeit gemeinsamen Handelns im Interesse Aller beizubringen. Er mag hundert Mal von dieser Wahrheit überzeugt sein; die verborgenen Falten Seines perzons sind für immer befestigt von Seiner glühenden Leidenschaft für Sein höchstes Streben, und wenig Raum bleibt übrig für Seine Mitarbeiter.

Einer meiner Freunde, der vorstehendes Manuscript gelesen hatte, machte mich, während er die Nützlichkeit dieses kleinen Entwurfes anerkannte, darauf aufmerksam, daß in letzter Zeit viele Klagen über den Charakter des Bäckergefellen im Umlauf seien. Etliche Bäckermeister haben sogar die Befürchtung ausgesprochen, daß er sich gänzlich verändern würde, was dem zerrissenden Einfluß sozialistischer Ideen, Gewerkschaftschrullen und dem bösen Beispiele etlicher Bäckerarbeiter selbst zuzuschreiben sei, welche fortwährend nach kürzerer Arbeitszeit, höheren Löhnen, gewandheitlichen Backstuden und mehr solchen Herrlichkeiten schreien, als ob keinem daran gelegen wäre, auch einmal Bäckermeister zu werden.

An dem Leser liegt es, zu entscheiden, ob es das Richtige wäre, den Verfall eines Charakters, wie der eben beschriebene, zu betrauern, oder ob die Umänderung desselben im letzteren Sinne zu begrüßen wäre.

bis spätestens 1. April 1899 jeder Gehülfe sein Bett für sich allein in entsprechend ausgestatteten Wohnräume erhält. Sollten an einzelnen Stellen wegen Verabreichung von Wäsche und Reinhaltung der Betten und Wohnräume Mißstände herrschen, so sind wir, wie seither, bestrebt, Abhilfe zu schaffen. In Bezug auf Kost anerkennen wir, daß da, wo das Bepfer nicht in natura verabreicht wird, 20 % als Ersatz hierfür zu geben sind. Die Forderung, eine Erklärung in der Nacht zu verabreichen, überlassen wir der Vereinbarung des Arbeiters mit dem Meister.

Ihre Anfrage und Anträge in Krankenkassenangelegenheiten wollen Sie gest. an die zuständige Stelle richten. Ergebenst

G. W e n n e i s.

Wie man daraus ersieht, arbeitet die Mannheimer Innung nach schlechten Beispielen; mit nichtsagenden Nebensätzen hat man die geringen Forderungen abgelehnt — ein Lohn auf die kulturwidrigen Zustände in den Bädereien!

Die „Mannheimer Volksstimme“ bemerkt sehr richtig zu dieser Ablehnung:

„In diesem Schreiben sind die Forderungen der Gehülfe, die, wie von Jedem anerkannt werden mußte, sich auf das Mindeste beschränkten, einfach abgelehnt. Von einer Begründung dieser Ablehnung sieht man keine Spur. Denn wenn es in dem Schreiben heißt, es laun ein Minimallohn nicht festgesetzt werden, weil es dem Arbeitgeber überlassen sein muß, den Arbeiter nach seinen Leistungen zu entlohnen, so wird das der verehrliche Vorstand wohl selbst als eine Begründung ansehen. Seit wann hindert ein Minimallohn den Arbeitgeber, die Arbeiter, die Besseres leisten, auch dementsprechend höher zu bezahlen? — Wenn in dem Schreiben behauptet ist, daß den jüngeren Gehülfe durchgängig M. 5—5,50 bezahlt werden, so ist das ein einfaches Schwindel. Im Vorstande selbst sitzen Meister, die das besser wissen könnten, die selbst M. 4,50 ihren jüngeren Gehülfe bezahlen.

Es ist ja sehr erfreulich, daß die Herren Meister in ihrer letzten Generalversammlung im Oktober schon beschlossen haben, bis spätestens 1. April die elenden Wohnungsverhältnisse zu beseitigen. Warum denn aber erst spätestens 1. April? Im Uebrigen ist damit wenigstens ausgesprochen, daß die Forderungen der Gehülfe berechtigt sind. Es muß schon sehr schlimm mit den Wohnungsverhältnissen stehen, wenn sogar die Herren Meister von selbst auf Abhilfe gekommen haben. Aber warum hat man bisher nirgends von einer Abschaffung der hygienischen Mißstände gehört? Wie dachten sich die Meister, daß sich Mißstände zeigen könnten, die der Abhilfe erheischen? Hat man gehört, daß sie eine Kommission gewählt hätten, die die Durchführung ihres Beschlusses vom 25. Oktober in die Hand nehmen sollte? Hat man gehört, daß sie sich mit den Gehülfe in Verbindung gesetzt hätten, um ihre Beschwerden entgegenzunehmen? Nichts von alledem! Der Beschluß stand und steht lediglich auf dem Papier und ist ganz wertlos.“

Das Blatt appelliert sodann an das Publikum, unsere Kollegen in ihrem berechtigten Kampfe zu unterstützen und ist der Ansicht, daß die Mehrzahl der Meister anders denkt als der Innungsvorstand. Wir müssen dies jedoch noch stark bezweifeln, und wenn wir auch glauben, daß es noch Meister giebt, die dieser Ansicht sind, so wird es der Innungsvorstand doch wie auch an anderen Orten verstehen, diese Meister durch Verhöhnung, und wenn das nicht hilft, durch wirtschaftlichen Druck zu zwingen, ihre Ansicht zu verbergen. Auch das kleinste Zugeständnis wird erlämpft werden müssen durch die Organisation der Gehülfe und die Unterstützung der Brotkonsumenten.

Nun hat eine weitere Versammlung beschlossen, per Zirkular die Forderungen jedem einzelnen Meister einzureichen, und sind wir neugierig, wie viele von diesen sich bereit finden, diese minimalen Zugeständnisse zu machen.

Den Kollegen von Mannheim möchten wir rathen, sich nicht allzu großer Hoffnung hinzugeben, und sich alle dem Verbände anzuschließen, denn nur in starker, kompakter Organisation sind sie im Stande, den Meistern diese geringen Verbesserungen ihrer Lage abzutropfen, und die Kollegen Deutschlands, vornehmlich Süddeutschlands, werden dringend ersucht, den Zugang nach Mannheim fern zu halten.

Die Beendigung des Streiks und der Aussperrung unserer Kollegen in Kopenhagen.

Abermals haben unsere Kopenhagener Kollegen einen schönen Erfolg errungen. Ist es ihnen auch nicht gelungen, alle ihre Forderungen durchzubringen, indem sich die beiden streikenden Parteien dem Spruche eines Schiedsgerichts unterworfen haben, so haben sie doch eine Verabreichung der täglichen Arbeitszeit um 1½ Stunden und eine Lohnerhöhung für Grobbäcker von 2 Kronen, für Weißbäcker von 1 Krone pro Woche erreicht, und damit können sie zufrieden sein, wenn auch eine große Anzahl von ihnen es lieber gesehen hätte, den Streik bis zum vollständigen Siege durchzuführen, der ihnen sicher war.

Nach 11tägiger Dauer wurden der Streik und die Aussperrung aufgehoben. Das Schiedsgericht bestand aus dem Reichstagsabgeordneten H. Trier und J. Jensen und dem Stadtverordneten K. Kofstrap und sandte an den Vorstand der Kopenhagener Mitgliedschaft sowie an den Obermeister Gädje von der Vereinigung der Bäckermeister folgendes Schreiben:

„Da es nach unserem Eindruck von größter Bedeutung ist, daß die Verhältnisse zwischen Bäckermeistern und Gesellen auf eine beide Parteien zufriedenstellende Weise baldmöglichst geordnet werden, erboten sich Unterzeichnete, unter der Voraussetzung, daß beide streikenden Parteien dieses Anerbietens annehmen und die Arbeit sofort wieder aufgenommen wird, als Schiedsgericht die Streitigkeiten zu regeln.“

Von beiden Parteien wurde das Schiedsgericht anerkannt und nahmen unsere Kollegen am 2. November die Arbeit wieder auf. Jetzt hat nun das Schiedsgericht folgenden Spruch, dem sich beide Parteien fügen, erlassen:

„Der Lohn in Roggenbrotbädereien und Fabriken beträgt für dritte Gesellen mindestens 26 Kronen pro Woche, für zweite 29 und für erste 32 Kronen.“

Die Arbeitszeit in Grobbädereien beträgt täglich 11 Stunden, inklusive einer Essenspause von 1½ Stunden, dagegen in Brotfabriken mit Maschinenbetrieb und wo sachweise gearbeitet wird, nur 9½ Stunden, inklusive 1½ Stunden Essenspausen, und endlich in Betrieben, wo ununterbrochen Tag und Nacht gearbeitet wird, wird die Mannschaft in drei Schichten eingeteilt, so daß jeder Mann täglich ununterbrochen 8 Stunden zu arbeiten hat. Jedoch können die Gesellen wöchentlich an einem Tage zu einer Stunde Ueberarbeit herangezogen werden, ohne dafür einen Mehrlohn zu erhalten. Ueberstunden werden mit 75 Cere pro Stunde bezahlt.

So beim Inkrafttreten dieses Regulativs ein höherer Lohn bezahlt wurde, darf derselbe nicht gekürzt werden.

Zu den sachlichen Arbeiten dürfen nur Bäckergesellen verwendet werden.

Entstehende Streitigkeiten sind einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Für Weißbrot- und Kuchenbädereien beträgt der Lohn mindestens 23 Kronen für das erste Jahr nach vollendeter Lehrzeit, 25 Kronen für zweite, 28 Kronen für dritte, 29 Kronen für vierte Posten und 31 Kronen für Werksmeister. Wo der Meister selbst mitarbeitet, erhält der Geselle mindestens 28 Kronen. Ausfühlsarbeiter werden pro Tag mit 4,20, 4,70 und 5,20 Kronen bezahlt, Ueberarbeit mit 66 Cere pro Stunde.

Die Arbeitszeit beträgt in Weißbrot- und Kuchenbädereien 11 Stunden täglich, inkl. 1½ Stunden Essenspause.

Dieses Regulativ tritt sofort in Kraft und kann nur mit gegenseitiger dreimonatlicher Kündigung aufgehoben werden, frühestens am 1. Oktober 1900.“

Außer der Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung haben die Kollegen also auch die Bezahlung der Ueberstunden erreicht, welche sie früher nicht erhielten. Die Weißbäcker, welche ohne ihre Schuld 11 Tage von den Herren Bäckermeistern ausgesperrt wurden, haben also dafür pro Woche 1 Krone Lohnerhöhung und Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit um 1½ Stunden erhalten.

Befriedigt können unsere Kollegen mit dem Resultat dieses Kampfes sein, und nur ihrer festen Organisation, welche es den Arbeitgebern unmöglich machte, Streikbrecher heranzuziehen, haben sie diesen schönen Erfolg zu verdanken.

Würden erst die deutschen Kollegen überall den Werth und die Macht ihrer Organisation in solcher Weise erkennen und schätzen gelernt haben, so würde auch in den deutschen Städten das propädeutische Kleinmeisterthum im Bädergewerbe sehr bald zu Zugeständnissen und Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen gedrängt werden können.

Gewerkschaftliches.

* **Aus Chemnitz.** Nachdem unsere Mitgliedschaft bereits drei Monate unbeanstandet besteht, beliebt es plötzlich der hiesigen Polizei, das neue sächsische Jewel in ihrer Weise uns fühlen zu lassen. Die heilige Hermadad verlangt Abänderung unseres Statuts nach § 22 des sächsischen Vereinsgesetzes, wonach keine Minderjährigen als Mitglieder aufgenommen werden sollen und auch nicht an den Versammlungen theilnehmen dürfen. Desgleichen soll jede Aenderung der Mitgliederliste stets innerhalb drei Tage gemeldet werden. Da hier fast nur minderjährige Kollegen arbeiten, bedeutet dies Vorgehen die Schließung der Zahlkelle, und deshalb sah sich der Verbandsvorstand veranlaßt, dieselbe aufzulösen, die dortigen Mitglieder dem Verbände als Einzelm Mitglieder einzureihen und einen zuverlässigen Kollegen in Chemnitz als Vertrauensmann des Verbandes zu ernennen, welcher von den Mitgliedern Beiträge einfordert und berechtigt ist, neue Mitglieder aufzunehmen. Wie aber die Behörde ihr Vorgehen begründen will, da sich die junge Mitgliedschaft bisher nur mit rein sachlichen Angelegenheiten beschäftigte, ist uns unerfindlich! Doch in Sachen ist eben Alles möglich!

* **Aus Berlin.** Die Innung „Germania“ ist über die ablehnende Antwort des Regierungspräsidenten, diese Innung in eine Zwangsinnung umzuwandeln und die Concordia-Innung aufzulösen, sehr verärgert, und hielt am 14. November ihre Generalversammlung ab, in welcher es eingetrossen ist, was wir voraussetzten, die Angst vor dem Ergebnis einer Urabstimmung sämtlicher Bäckermeister Berlins hat die sonst so stolze „Germania“ zum Kapitulieren gezwungen und sie hat beschlossen, sich in eine freie Innung umzuwandeln. Natürlich suchte man die wahren Gründe zu verdecken und gab als Ursache dieser Schwenkung bekannt, daß man nur deshalb keine Zwangsinnung mehr wollte, weil man dann das Concordia-Innungshaus mit übernehmen müsse. Es ist ein schönes Stück Komödie, welches man dort gespielt und durch folgende Resolution zu bemängeln suchte:

In Ermägung:

1. Da durch die Ablehnung unseres Antrages vom 4. April d. J. die Erleichterung der Innungsumbildung in eine Zwangsinnung, wie sie Artikel VI des Innungsgesetzes den privilegierten Innungen bietet, nunmehr in Wegfall gekommen ist;
2. da, wie die Wahrnehmung zeigt, die preussische Staats- und die Berliner Kommunalbehörde der Zwangsinnungsbildung unsympathisch gegenübersteht, aus dieser Haltung aber der Gründung und Verwaltung von Zwangsinnungen Erschwerungen erwachsen müssen;
3. da unsere Innung eines ständig bedeutenden Zuwachses auch ohne Zwangsinnung sich zu erfreuen hat;
4. da jede Sorge um unser Innungshaus nach der stattgehabten bedeutenden Entlastung und baulichen Verbesserung für alle Zukunft ausgeschlossen ist, mit Hinzunahme des Concordia-Innungshauses aber wieder neue Sorgen beginnen würden;
5. da bei Beantragung einer Gesamtabstimmung der Concordia-Vorstand nach bekannter Art eine gehässige Agitation mit persönlichen Angriffen entfachen würde, der Friede aber jetzt mehr als je Bedürfnis ist.

beschließt die Generalversammlung der Bäcker-Innung zu Berlin am 14. November 1898, vorläufig von der Errichtung einer Zwangsinnung Abstand zu nehmen, und beauftragt den Vorstand, die Innung nach dem neuen Gesetz als freie Innung zu organisieren.

* **Vom außerordentlichen Germania-Verbandstag in Berlin** bringt der „Vorwärts“ folgenden Bericht:

„Der Zentralverband der deutschen Bäckerinnungen hielt vorgestern in Berlin einen außerordentlichen Verbandstag ab, der neben einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten über zwei Themata verhandelte, die größeres Interesse beanspruchten. Es war dies der Maximalarbeitstag und der Hamburger Boykott gegen die Herren Jantler. Ueber den Maximalarbeitstag sprach Bäckermeister Simon-Leipzig. Er bezeichnete den Maximalarbeitstag als undurchführbar und schädlich. Wenn die Regierung nicht Rücksicht gelte, dann wäre der Schaden noch bedeutend größer gewesen. Der Maximalarbeitstag sei auf Antrag des Abgeordneten Bebel Gesetz geworden. Die Grundlage für seinen Antrag habe Bebel von den sozialdemokratischen Gesellen. Bebel habe aber Bebel nicht geführt, daß die Bädereien Pesthöhlen seien. Als der Drechsler Bebel noch in Leipzig sein Handwerk ausübte und ihm im Reichstage vorgehalten wurde, daß seine Werkstatt eine Pesthöhle sei, da sei derselbe sofort mit einer Verächtlichkeit bei der Hand gewesen. Nicht die Summe der Bäder, sondern die eines Geislichen, der zufällig Leiter eines Gesellenvereins sei, habe man vor Einführung des Maximal-

arbeitstages gehört. Was würden die Geislichen sagen, wenn die Bäder sich anmaßen wollten, in pastoralen Dingen mitzusprechen? Wenn die Herren der Regierung die Bädereien hätten genau revidiren lassen, dann würden sie gefunden haben, daß die Behauptung, die Bädereien seien Pesthöhlen, Lüge sei. Das Bädergewerbe sei derartig geartet, daß der Maximalarbeitstag einfach undurchführbar sei. Aber auch die Gesellen hätten nicht den geringsten Nutzen davon, ja es sei den meisten Gesellen jetzt nicht mehr möglich, sich selbständig zu machen. Aber auch der Staat habe Schaden, da dadurch ein Steuerausfall entstehe. Nutzen von dem Maximalarbeitstag haben lediglich die berufsmäßigen Agitatoren. Daß die Mehrheit der Bäckergesellen krank und sich seit frühzeitig herbe, sei absolut unwahr. Wenn man einen Maximalarbeitstag für die Dienstboten einführen würde, dann dürften sich die maßgebenden Herren sehr dagegen sträuben. Möge man ein Gesetz für Nachschwärmer erlassen, nicht aber fleißigen und treuen Staatsbürgern verziehen, so lange zu arbeiten, wie sie es im Interesse ihres Gewerbes für nöthig erachten. Der Redner schlägt schließlich die Annahme einer längeren Erklärung vor, in der die Undurchführbarkeit des Maximalarbeitstages im Bädergewerbe betont und darauf hingewiesen wird, daß der Maximalarbeitstag es unmöglich mache, die Ordnung im Bädergewerbe aufrecht zu erhalten, daß die ordentlichen Königs- und vaterlands-treuen Gesellen gegen den Maximalarbeitstag seien, daß insbesondere der Mittelstand und das Kleingewerbe ungemein dadurch geschädigt werden, und daß es ungerecht sei, gerade die Bäder in ihrem Gewerbe derartig zu schädigen. Der Verbandstag erucht daher die Regierung: den Maximalarbeitstag wieder aufzuheben und wenn das nicht sofort geschehen könne, eine Minimal-Ruhezeit von täglich acht Stunden einzuführen. Die Bäder, so schloß der Redner, die stets treu zu Kaiser und Reich gestanden haben, werden bis an den Thron gehen. Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. werde jedenfalls nicht haben wollen, daß ein Stand, der stets zu den treuesten Wächern des Thrones gehört habe, in dieser unerhörten Weise in seinem Gewerbe geschädigt werde. (Stürmischer Beifall.)

In der Besprechung wiesen die Redner auch darauf hin, daß durch den Maximalarbeitstag dem Denunziantenthum Thür und Thor geöffnet sei. — Bäckermeister Neumann: „Festhalten: Er halte es für unmöglich, den Maximalarbeitstag wieder aufzuheben. (Hoi!) Es empfehle sich daher, daß der Maximalarbeitstag von der Tagesordnung der Verbandstage verschwinde und daß sich dieselben lieber mit der Frage beschäftigen: In welcher Weise lassen sich Erleichterungen schaffen? (Widerpruch.) — Die Erklärung von Simon-Leipzig gelangte schließlich mit einem Zusatzantrage des Bäckermeisters Gernhardt-Vorlin, „daß durch den Maximalarbeitstag die Autorität des Meisters untergraben worden ist, das Kleingewerbe vernichtet wird, und daß der Maximalarbeitstag gewaltig zum Grobbetriebe führt“, fast einstimmig zur Annahme. Hierauf beschloß man sich mit der Errichtung von Zwangsinnungen. Die Meinungen waren getheilt und wurde von einer Beschlußfassung Abstand genommen.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildete: Streit und Boykott. Der Berichterstatter, Bäckermeister Knoft-Hamburg, sprach zunächst im Namen der Hamburg-Altonaer Bäckermeister für die denselben während des Boykotts gewährte Unterstützung den Dank aus und bemerkte: Die sogenannten Hezer haben unter dem Deckmantel, für das Wohl der Bäcker-gesellen einzutreten, die Bäckergesellen zum Streit angereizt. In Wahrheit haben diese Hezer aber das Wohl der Bäcker-gesellen nicht, sondern das der Gesellen im Auge gehabt. Die Bäckergesellen seien in ihrer großen Mehrheit keine Sozialdemokraten. (Rufe: Sehr wahr!) Durch die Waffe des Boykotts sei es den Gegnern möglich geworden, eine Anzahl Meister zum Kapitulieren zu veranlassen. Die Waffe des Boykotts sei noch durch Flugblätter schmutzigsten Inhalts verschärft worden. Wer sich nicht scheue, derartig sein Handwerk zu besudeln, mit dem könne man nicht mehr in Ruhe und Frieden zusammenarbeiten. Die Behörde, an die sich die Meister wandten, erklärte, daß sie dagegen nichts thun könne. Erfreulich sei es aber gewesen, daß wenigstens die Versammlung, in der diese Flugblätter vorgelesen werden sollten, aufgelöst wurde. Einige Meister seien durch diesen Kampf so geschädigt, daß sie an die Fortführung ihres Gewerbes nicht mehr denken können. Es sei aber auch dringend notwendig, Mittel und Wege zu suchen, wie derartigen Dingen in Zukunft vorgebeugt werden könne. Er erinnere an den Ausspruch unseres Kaisers: Helft mir den Feind im Innern bekämpfen. Die Hamburg-Altonaer Bäckermeister haben diesen Kampf mannhast durchgekämpft; sie geben sich daher der Hoffnung hin, daß ihnen auch von maßgebender Stelle die nöthige Hilfe zu Theil werde. Wir wollen die Forderungen unserer Gesellen gewissenhaft prüfen und sind gewillt, in loyaler Weise mit denselben in Ruhe und Frieden weiter zu arbeiten. Wir wollen aber fest und geschlossen zusammenstehen und denen die Stirn bieten, die sich herausnehmen, uns von unserem Herd und unserer Familie zu vertreiben.“ (Stürmischer Beifall) — Auf Antrag des Bäckermeisters Müller (Bremen) wurde sogleich einstimmig beschlossen: den Hamburg-Altonaer Bäckermeistern für ihr mannhafte Verhalten den Dank des Verbandes auszusprechen.“

* **Aus Würzburg.** Nachdem in Versammlungen der hiesigen Kollegen sich die Mehrzahl derselben mit den aufgestellten Forderungen an die Meister einverstanden erklärt hatte, wurde eine Lohnkommission, bestehend aus drei Mitgliedern des Verbandes und drei Kollegen von dem hier bestehenden Gesellenverein gewählt, welche die Forderungen per Zirkular den Arbeitgebern zusandte. Nicht ein Einziger bewilligte, jedoch glauben Einige von ihnen es nöthig zu haben, mit allerhand Fegeleien die Zirkulare beschmiert zurückzusenden.

Das dortige „Volksblatt“ bemerkt zu diesen Gemeinheiten der Bäckermeister:

„Eine abgrundlose Gemeinheit und hodenlos! Rohheit haben einige Bäckermeister gegenüber der Lohnkommission der Gehülfe und damit gleichzeitig der Gesellenvereinschaft an den Tag gelegt. Zu feig, um offen ihre Sudelien mit den Namen zu bedecken, haben diese Burschen zu dem Mittel der Anonymität gegriffen, um durch Briefe, die nur zu deutlich die ganze Erbärmlichkeit der Schreiber offenbaren, den Gehülfe einen Fehlschritt zu verzeihen. So schreibt ein Bube mit dem Reichthitel: „An die verehrliche Lohnkommission der Bäckergesellen, hier: „Offert“. Vom 16. d. M. ab können tüchtige, zuverlässige Bäder eintreten unter sehr günstigen Bedingungen. (Norddeutsche bevorzugt.) 1. Arbeitszeit sehr geregelt. (Nach D. lieben.) 2. Sonn- und Feiertage (vollständige Sonntagsruhe). 3. Reichhaltige Speisekarte (Wiener Küche.) 4. Sehr gute möblirte Zimmer mit allem Komfort (Divan, Schauffelstuhl usw., bei sehr guter Bedienung. Bäder im Hause.) 5. Bezahlung nach Bedarf. NB. In der freien Zeit stehen Pferde und

Equipagen zur gefälligen Benutzung." Der Nest verliert sich in einer rüpelhaften Besubelung eines tiefen, angelegenen Mannes.

Ein Anderer schreibt wörtlich: „An die Lohnkommission der Bäckergesellen Würzburg! Auf Ihr werthvolles Lohnverzeichnis und Beanpruchungen muß ich Beifolgendes erwidern: Sie haben in Ihren Beanpruchungen noch etwas vergessen und namentlich das Kanabee zum Zimmer und auch den Abend soll und muß der Meister, wenn er seinen Gehülfen, wie Sie es haben wollen, noch ein schönes Maßchen kochen? und der Meister kann seine Arbeit selbst schon tun; so sollen die Bäckergesellen haben. Gehülfen die Meister spielen und Meistern den Gehülfen machen?“ — Orthographie schlecht, die miserable Dummheit pyramidal. Der Gedankenreichtum ist thörichtlich einzig Vernünftige. Ob sich die hiesigen Bäckergesellen mit Ihren Kollegen und seinen Aufstellungen identifizieren? Oder wird der Mann am Ende gar zum Wächterspanner der Bäckerei ernannt?

Sind nun die Forderungen der Gehülfen derartige, daß sie auch nur im geringsten Veranlassung zu solchen Subeleien geben können: Hier sind sie und das konsumierende Publikum mag entscheiden: 1. Für Frühstück ist ein Betrag von 30 \mathcal{M} auszubehalten. 2. Drei freie Nächte im Jahre, und zwar zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten; diese Freinächte zu dem zweiten auf den dritten Feiertag zu halten und darf somit an diesen Tagen nichts gebadet werden. 3. Einhaltung der gesetzlichen zwölfstündigen Arbeitszeit und der Sonntagsruhe. 4. Jedem Gehülfen ist ein eigenes Bett zu verabfolgen; dieses ist mindestens monatlich einmal mit frischer Wäsche zu versehen. 5. Jedem Gehülfen sind mindestens zwei Handtücher wöchentlich zu verabfolgen. 6. Im Zimmer der Gehülfen sollen Tische und Stühle vorhanden sein; ebenso verschließbare Kleiderschränke je nach der Zahl der Gehülfen; die Zimmer sind täglich zu reinigen und wöchentlich einmal entsprechend zu putzen. 7. Regelung des Sprechwesens nach dem vor einigen Wochen in der Innung eingereichten Statut. 8. Für Anstaltsarbeiten ist ein erster Gehülfe mit \mathcal{M} 3, ein zweiter mit \mathcal{M} 2,50 und ein dritter Gehülfe mit \mathcal{M} 2 pro Tag zu entlohnen. — Wohl Ihnen hat sich in einem Lohnkampfe ein Unternehmer von einer derartigen Trodelhaftigkeit gezeigt, wie es in obigem Nachwort der Fall ist. Es darf wohl erwartet werden, daß die geübten Bäckergesellen, vor allen Dingen aber die Bäckereiarbeiter, sich gegen ein solches Verhalten ihrer Kollegen wenden.“

So optimistisch wie die Redaktion dieses Blattes, die da glaubt, die Innung würde gegen solche Handlungsweise eines ihrer Mitglieder Verwahrung einlegen, sind wir allerdings nicht. Die Erfahrung hat uns vielmehr gelehrt, daß aus jenen Subeleien nur der Geist herausleuchtet, welcher die Innungsmeister überhaupt beherrscht; aber hoffen wollen wir, daß es die dortige Arbeiterschaft nicht veräumt, den Herren eine treffende Antwort auf ihre Gemeinheiten zu geben, dann werden sie schließlich ebenso klein werden wie ihre Vorbilder, die gescheiterten Innungsproben in Hamburg-Altona. — Die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft von Würzburg haben denn auch beschlossen, die Antwort auf solche Provokationen zu erteilen, indem durch ein Flugblatt und in Volksversammlungen die Brotkonsumenten über das Gebahren jener Herren von Sittlichkeit und Moral unterrichtet und ermahnt werden, ungenügend ihre Stellung dazu kundzugeben. Jedenfalls wollen auch die Würzburger Innungsgehilfen erst Lehrgeld bezahlen, ehe sie zur Vernunft gelangen!

Aus Wien. Die Zuberbäckergesellen Wiens hatten an ihre Prinzipale folgende Forderungen eingereicht:

- a) Arbeitszeit an Wochentagen 12 Stunden, einschließlich 1 1/2 Stunden Ruhepausen, wovon mindestens 1 Stunde auf die Mittagspause (zwischen 12—2 Uhr) zu entfallen hat. Wo derzeit schon kürzere Arbeitszeit eingeführt ist, darf keine Verschärfung eintreten.
- b) Ueberstunden sollen möglichst vermieden werden; ist die Notwendigkeit dafür vorhanden, so müssen diese mit nicht weniger als 20 Kreuzern pro Stunde bezahlt werden.
- c) Als Minimallohn werden pro Woche ö. ö. fl. 5 gezahlt wo Kost und Wohnung im Hause sind; pro Woche fl. 10, wo Kost und Wohnung außer Hause.
- d) Die Lohnauszahlung erfolgt wöchentlich.
- e) Abschaffung der Kost und Wohnung im Hause des Arbeitgebers.

Nachdem ein Ausschuss, gebildet durch Vertreter der Meister wie der Gesellen, sich mit diesen Forderungen beschäftigt hatte, beauftragte er dieselben zur Annahme in der Genossenschaftsversammlung der Meisterversammlung am 28. Oktober. Hier wurden bis auf Abbruch alle Forderungen seitens der Meister bewilligt. Wie in Deutschland, so sträubten sich auch in Oesterreich die Arbeitgeber unseres Berufes mit aller Macht gegen die Befestigung der vorständlichen patriarchalen Verhältnisse, des Kost- und Logiswiesens beim Meister. Es ist allemal haben die Kollegen Ursache, zunächst mal mit dem Arbeitgeber zuzustimmen zu sein und ihre Organisation zu stärken. — das Erdämpfte zu erhalten und weiter auf der Bahn der Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen vorwärts zu weichen.

Einige Anträge.

Ein ernstes Wort an die Kölner Kollegen!
Seit vier Monaten besteht hier in Köln eine Mitgliederliste des Verbandes, aber wie sieht es schon heute mit derselben aus? Das Interesse, welches die Kollegen derselben anfangs entgegenbrachten, scheint ganz abgehoben zu sein. Der Veranlassungsbefehl ist so klar, daß die letzte Mitgliederliste gar nicht hätte stattfinden können. Die Begeisterung der Kollegen bei Gründung der Zählstelle scheint wie ein Strohhalm plötzlich wieder erloschen zu sein. Wenn das so weiter geht, müssen wir erleben, daß in Köln zum zweiten Male die Mitgliederliste in die Brüche geht und die Meister, welche sagten: „Hier in Köln kommt der Verband nicht hoch!“ keinen Recht zu bekommen.

Noch, Kollegen, wir erwarten, daß dies anders wird und namentlich erwarten wir von den Verbänden wiederum, daß sie von jetzt ab pünktlich jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat in den Mitgliederversammlungen erscheinen. Jetzt ist dies besonders notwendig, denn am 1. Januar wird die Kölner Innung in eine Zwangsinnung umgewandelt werden. Wir haben wir auf der Hut zu sein, um tüchtige Kollegen in die Innung auszuwählen, von denen wir erwarten können, daß sie auch unsere Interessen vertreten. Daß es abgemessen ist, auch nur die allseitige Verbesserung unter der Hand von den Meistern zu erhalten, habt Ihr schon an den Kosten Verhandlungen der Gehilfenvereine in Altona und in „Münster“ mit der Innung, wegen der Innung im Jahre, gesehen. Also nur durch unserer Zusammenkunft, durch eine kräftige Organisation werden wir etwas erkämpfen können, deshalb macht auf und schließt Euch dem Verbande an.

Die nächste Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, den 1. Dezember, statt. Kollegen, erscheint Alle in derselben, damit wir doch endlich einmal wieder eine solche abhalten können. Auch sind fast alle Kollegen zwei Monate mit ihren Beiträgen im Rückstande. Fällt es den wirklich so schwer, jeden Monat 80 \mathcal{M} für den Verband zu opfern? Auch bringe ich Euch noch zur Kenntnis, daß in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung stattfinden wird, deshalb erwarte ich sämtliche Verbandskollegen in der nächsten Mitgliederversammlung, damit wir alle diese Punkte besprechen können.

Mit kollegialischem Gruß

G. Becker.

Zur Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Unter Bezugnahme auf die beiden in der letzten Nummer unseres Organes enthaltenen Artikel zur Arbeitslosenunterstützung, erlaubt sich Unterfertiger, durch diese Zeilen einige Worte mitzureden. Abgesehen davon, daß diese beiden Artikel das Thema nicht richtig behandelt hätten, so kann ich doch nicht umhin, mich einer kurzen Kritik hinzugeben. Vorausgesetzt, daß ich den Standpunkt des Kollegen Such vollständig theile, prinzipiell sogar theilen muß, besaße ich mich daher zunächst mit den Ausführungen der Kollegen vom Blauen'schen Grunde. Eine Frage nun: Haben die Ausführungen dieser Kollegen etwas Stichhaltiges gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung erbracht? Antwort: Nein! Nach einer kurzen, oberflächlichen Erwägung hinsichtlich der Kostenveranschlagung, welche die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach sich ziehen würde, wonach der monatliche Beitrag auf nahezu \mathcal{M} 2 erhöht werden müßte, geben sich diese Kollegen der Befürchtung hin, daß der Verband durch diese Institution von gewissen Individuen als Ausbütungsobjekt benutzt werden würde. Ich möchte bemerken, daß sich dagegen Maßnahmen treffen lassen, wie dies auch bei Einführung der Krankenkassen der Fall war, wo man dergleichen Befürchtungen begie. Bekanntlich haben sich diese auch in praktischer Hinsicht als vorzüglich bewährt.

Als Schlußsatz ihrer Ausführungen dann die längst ausgedroschene Lehre, in der es unter Anderem heißt, daß die Organisation, sobald in ihr das Unterstüthungswesen eingeführt ist, den Charakter einer Kampforganisation verliert, und das sollte man in Zukunft vermeiden. Nun, Ihr kampfesüchtigen Kollegen vom Blauen'schen Grunde, ich möchte Euch nur raten, tretet einmal in irgend eine Bäckerei, in der Ihr arbeitet, für Eure und Eurer Kollegen Rechte voll und ganz ein, und Ihr werdet sehen, wie schnell Ihr auf dem Kflaster liegt. Nur zu bald werdet Ihr, falls Ihr ohne pekuniäre Mittel seid, nach dem verlangen, was Ihr heute vermeiden wollt. Bezüglich der Auslassung, daß der Verband den Charakter einer Kampforganisation verliert, wenn das Unterstüthungswesen eingeführt ist, möchte ich den Kollegen entgegenen: Schaut hin auf diejenigen Gewerkschaften, Buchdrucker zc., wie einig und geschlossen sie dastehen, sollte auch nur der geringste Anschlag auf ihre Rechte unternommen werden. In welcher Weise sich die Zahl der Mitglieder dieser Gewerkschaften emporgeschwungen hat, den Beweis hat Kollege Götte in seiner Anregung bereits erbracht. Es ist wirklich hart, mit anzusehen, wie sich bei derartigen hochwichtigen, für die Gewerkschaften in jeder Beziehung vorteilhaften Fragen noch Widersprüche geltend machen. Man möchte doch meinen, daß dafür jeder zielbewußte Gewerkschaftler eintreten sollte. Denn man kann nicht wissen, ob nicht heute oder morgen einer unserer fürsorglichen Sozialpolitiker ein Gesetz in Vorlage bringt, wonach die Arbeiter bei Arbeitslosigkeit unterstützt werden sollen. Was wir dann zu erwarten hätten, auf dieses glaube ich nicht näher eingehen zu brauchen.

Also, freie Arbeitslosenunterstützungsvereine wollen wir; die Gelegenheit, sie einzuführen, sollten sich die Gewerkschaften nicht entgehen lassen.

Wie ich schon am Anfange meiner Zeilen betont habe, theile ich den Standpunkt des Kollegen Such vollständig. Nur möchte

ich als Ergänzung zu seinen Ausführungen hinzufügen, daß die Agitation besser betätigt ließe. Mancher Kollege ist nicht dazu im Stande, daß er seinen noch indifferenten Kollegen die idealen Begriffe unserer Organisation klarlegt, auch begreift der Indifferente nicht so schnell. Kann er aber sagen, Die und Jenes bekommt Du, das wird doch wohl der Dumm begreifen können. Auch hinsichtlich des dringenden Bedürfnisses der Durchführung des Maximalarbeitsstages wäre die Einführung derselben sehr angebracht. Gemäß würden die Kollegen auf die Einhaltung der Arbeitslosigkeit schreien sie meistens ab; denn rausgeschmissen wird fast Jeder, der sich als Schwärmer entpuppt. Bezüglich des Kostenpunktes bin ich der Ansicht, daß, wenn es mit 20 \mathcal{M} Beitragserhöhung nicht geht, man auch von dem 30 \mathcal{M} Agitationsfonds, der für die einzelnen Mitgliederkosten zurückbleibt, etwas abzwacken könnte. Also Kollegen, ich bitte Jeden im Interesse des Verbandes und des Fortschrittes desselben, der Anregung des Kollegen Götte-Blauen wohlwollend gegenüber zu stehen. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in der hiesigen Mitgliedschaft hat sich vorzüglich bewährt, und wünschen die Kollegen nur, daß dieselbe zentralisiert wird.

Literarisches.

„Für Volkswehr gegen Militarismus.“ Von A. Bebel. Preis 10 \mathcal{M} , Porto 3 \mathcal{M} . Agitationsausgabe: 1000 Exemplare \mathcal{M} 15. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Auf dem Stuttgarter Parteitage wurde eine billige Waffenbrochure gegen den Militarismus verlangt. Zum Theile ist mit dieser Schrift jener Wunsch erfüllt, denn sie widerlegt die Haupteinwände der Gegner der Volkswehr und hebt die Vorzüge der Volkswehr gegen das stehende Heer hervor.

„Die Entwicklung der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen.“ Statistisch dargestellt von Dr. A. Mann-Hofer. Preis 40 \mathcal{M} , Porto 5 \mathcal{M} .

Durch Erwerb einer größeren Auflage kann die Buchhandlung Vorwärts diese lehrreiche Schrift den Gewerkschaften für 40 \mathcal{M} liefern (Vadenpreis \mathcal{M} 1); sie giebt für die sämtlichen 397 Wahlkreise die Zahl der auf jede einzelne Partei abgegebenen Stimmen, hebt gegen 1893 die sozialdemokratische Stimmzahl nach Wahlberechtigten und Stimmenden hervor, giebt für Kreise und Wahlen seit 1871 den Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen, gruppiert sie nach Kreisen, Provinzen, Staaten, zeigt Fortschritt, Stillstand, Rückstand, „Versozialdemokratisierung“ der einzelnen Kreise, führt alle seit 1871 gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten auf usw. usw. — kurz, unentbehrliches Nachschlagewerk um so mehr, da die frühere Diez'sche erschienen „Statistisch Zusammenstellung“ nicht mehr erscheint.

An die Vorstände der Mitgliedschaften Nordwestdeutschlands, sowie an die Einzelzahler des Bezirks.

Am 15. Januar 1899 findet in Verden der 2. Bezirkstag für die Provinz Hannover, Großherzogthum Oldenburg, u. Hansestadt Bremen statt. Die Bekanntmachung der Tagesordnung wird in Nr. 24 der Fachzeitung erfolgen. Etwaige Wünsche betr. die Tagesordnung, sind bis zum 4. Dezember d. J. unterzeichneten einzureichen. Kollegen, seid diesmal nicht faunselig, wie bei Abhaltung des 1. Bezirkstages, sondern zeigt Euer Interesse, Eure Organisation zu fördern, wie überall, auch hier.

Mit kollegialischem Gruß und Handschlag.
Das Bureau des 1. Bezirkstages für Nordwestdeutschland.
J. A.: M. Nordmann, Bremen, Am schwarzen Meer 57.

Anzeigen.

Grobbäcker Hamburgs!

Donnerstag, 8. Dezember, Abds. 7 Uhr, bei Fr. Lübbert, Peterstr. 60:

Regelmäßige Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

- 1. Vortrag: „Das Handwerksrecht“.
 - 2. Diskussion über Arbeitslosenunterstützung. 3. Kartellbericht. 4. Innere Vereinsangelegenheiten. [1,80]
- Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen u. am Eingange vorzulegen. Die wichtige Tagesordnung macht das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig. Der Vorstand.

Mitgliedschaft Wandsbek.

Donnerstag, 8. Dezember, Nachm. 5 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Herrn Dänecke, Sternstr., Zentralherberge. Sehr wichtige Tagesordnung! Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. [M. 1,20] Der Vorstand.

Zürich (Schweiz).

Die Bäcker-Gewerkschaft (Vereinslokal „Goldner Stern“, bei der Quai-Brücke am See) hat am 1. Oktober die Arbeitsvermittlung eingeführt und dieselbe der Arbeitskammer der Stadt Zürich, Bähringerstr. 40, übertragen. Bureaustunden von 8—12 Uhr Vormittags und 2—6 Uhr Nachmittags. Dasselbe wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt, und zwar erhalten organisierte Kollegen 2 Franken, nicht organisierte 50 Rappen.

Mitgliedschaft München.

Sonntag, den 4. Dezember 1898,

im Saale des „Gabelsbergerkeller“, Karlstraße 72:

Winterfest

verbunden mit

Konzert, Gesang, Christbaum-Verlosung und Theater-Aufführung

von Mitgliedern des Verbandes.

Zur Aufführung gelangt: „Weihnachten auf der Zentralherberge“.

Anfang Nachm. 3 Uhr.

Eintritt à Person 20 \mathcal{M} . Programme frei! Zu zahlreichem Besuche dieses Festes ladet freundlich ein Die Vorstandschaft. [M. 3,80]

Achtung! Altona. Achtung!

Mittwoch, 7. Dezember, Nachm. 5 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Oppermann, St. Freiheit. Der in letzter Versammlung angelegte Vortrag über die Arbeitslosenunterstützung findet in dieser Versammlung statt. Mitglieder, seid pünktlich am Platze! [M. 1,40] Der Vorstand.

Mitgliedschaft Bergedorf.

Sonntag, 4. Dezember, Nachm. 3 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gasthause St. Petersburg. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Was haben wir vom neuen Reichstage zu erwarten?“ 2. Kartellbericht. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. Um das Erscheinen aller Mitglieder ersucht [1,50] Der Vorstand.

Backofen-Neu-u.-Umbau

zu Holz-, Kohlen- od. Koaksheizung. Absatz über 5000 Stück. Permanente Ausstellung von zehn Backöfen verschied. Konstruktionen. Läger von Backofenarmaturen, Chamottesteinen und Chamotteplatten bester Qualität. Arbeiten u. Lieferungen nur unter Garantie der Güte bei billigster Preisstellung. [2,70] Prämiert mit Staats-, goldenen u. silbernen Medaillen.

Max Ketterer, Leipzig-Reudnitz, Heinrichstrasse 21.

Die Deutsch-Amerikanische „Bäcker-Zeitung“ erscheint in Newyork und kostet für Deutschland \mathcal{M} 8 das Jahr. Expedition: Brooklyn-Newyork, No. 5 Boerumstreet.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagshaus Kurt & Co. in Hamburg.

Die Angst der Berliner Bäckermeister vor dem Streik und Boykott.

Der Verlauf des Streiks und Boykotts in Hamburg-Altona hat besonders den Bäckermeistern Berlins recht viel Sympathie eingejagt, und man dreht und windet sich in allen Versammlungen, wie demselben zu begegnen sei. Gegenwärtig wird das Thema in allen Bezirksversammlungen erörtert, und bringt das Innungsorgan unter Anderem folgenden Bericht:

Gegenwärtig beschäftigt man sich mit dem von den Gesellen — resp. der Sozialdemokratie — in Aussicht gestellten Bäckerstreik in der Reichshauptstadt. So beschäftigte sich am 9. November eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Bäckermeister Moabits mit dieser Angelegenheit.

Nach den Mittheilungen des Vorsitzenden U. Wolf arbeiten die organisierten Bäcker, d. h. die führenden Herren, unablässig darauf hin, es auf eine Kraftprobe mit der Meisterschaft ankommen zu lassen.

Das Wertwüßige bei der Sache aber sei, daß ein hiesiger bekannter Großbäcker (Nus: Schleuderkonkurrenz!) mit den Gesellen an einem Strange ziehe, er gebe allmonatlich einen bestimmten Beitrag zum Gesellen-Streikfonds. Der Großbetrieb hoffe bei einem Gesellenstreik, da es ihm möglich sei, mit Schichtwechsel zu arbeiten, sein „Schäffchen in's Trockne“ zu bringen; allerdings auf Kosten der kleineren Betriebe. Jedemfalls ginge das Bäckerhandwerk in Berlin einer schweren Zeit entgegen. Die Meisterschaft möge sich rüsten zu dem schweren Kampfe.

Hofbäckermeister F. Gaede, der während des Hamburg-Altonaer Boykotts Gelegenheit gehabt, die Verhältnisse an Ort und Stelle zu studiren, entwickelt ein trübes Bild von den Folgen des Streiks und dem Boykott, wobei Beamte und Lehrer mit den boykottirenden Arbeitern gemeinschaftliche Sache machten. Bäckereien, die M. 200 bis 300 Tageskasse machten, gingen beim Boykott auf M. 30 und 70 zurück. Lange werde es noch dauern, um den schwer geschädigten Kollegen wieder aufzuhelfen. Ein ganz einsichtsvoller, gut situierter Kollege habe ihm (Gaede) gesagt: „Gott behüte alle Bäckermeister im Reiche vor einem solchen Boykott!“

Da frage man sich nun: Wie ist diesem Uebel wirksam zu begegnen? Zugestanden müsse aber doch bei all den Klagen werden, daß noch recht viele Mißstände vorhanden seien. Zwischen Meistern und Gesellen sei leider durch die fortwährende „Bäckerhege“ — woran sich nicht ausschließlich Sozialdemokraten betheiligen — eine sehr tiefe Kluft entstanden. Der Geselle erblicke in dem Meister nur den Ausbeuter und viele Meister — allerdings durch die „Hege“ verärgert und verbittert — im Gesellen nur die Arbeitsmaschine. Das könne aber anders werden, die Bäcker gesellen seien in der Regel noch nicht die schlechtesten Arbeitnehmer. Obgleich die sozialdemokratische Presse von Gesellenfang und dergleichen schreibe, so solle doch immer wieder versucht werden, sich mit den Gesellen zu verständigen. Um dies zu erzielen, müßten die Beschwerden gehört und abgestellt werden, indem die berechtigten Forderungen anerkannt würden. Der Kleinbetrieb sei in erster Linie bedroht. Besser thäte die Meisterschaft, mit allen nur möglichen Mitteln zu versuchen, ohne Einmischung der Sozialdemokratie mit den Gesellen eine Verständigung zu erzielen.

An diese Ausführungen schloß sich eine sehr lebhafteste Debatte. Alle Kollegen erkannten an, daß die Sozialdemokratie bei der Streitfrage zwischen Meistern und Gesellen absolut ausgeschaltet werden müsse. Ueber Lohnfragen werde sich ganz gut verhandeln lassen. Die Forderung: Abschaffung von Kost und Logis, werde auf energischen Widerstand stoßen.

Die Versammlung nahm folgenden, von Gaede gestellten Antrag einstimmig an: „Die Versammlung des „Bezirksvereins der Moabiter Bäckermeister“ beschließt, um der durch den Streik und Boykott drohenden Gefahr zu begegnen, in dem Bezirksverein eine Zentralstelle zu schaffen, wo den Gesellen und Lehrlingen die Möglichkeit geboten wird, wirkliche Mißstände über Kost, Logis und Lohn melden zu können, damit seitens der Meister Abhilfe geschaffen werde.“

In einer am 10. November abgehaltenen Versammlung des Bäckerbezirksvereins Südwest bemerkte der Vorsitzende F. Gaede, daß es wohl angezeigt sei, sich bei Zeiten mit der Streitfrage zu beschäftigen und eventuell mit den Gesellen zu unterhandeln, um die Gefahr abzuwenden.

Auch Redakteur Mannes trat für diesen Vorschlag ein, denn ein etwaiger Streik sei für viele Meister eine Existenzfrage. Einen Vorschlag auf gegenseitige Unterhandlungen zwischen Meistern und Gesellen habe er schon früher im Bezirksverein Centrum und in einer Sitzung der Bezirksvereins-Vorstände gemacht, jedoch sei der Vorschlag damals nicht beachtet worden, und es wäre doch traurig, wenn es Berlin später einmal so gehen sollte wie Hamburg. Die Gesellen würden neben berechtigten Forderungen gewiß auch unberechtigte stellen; letztere würden bei vorherigen Unterhandlungen aber eher fallen gelassen werden. Hinter den Gesellen stehe geschloffen die Armee der Sozialdemokraten und sollte von dieser in Berlin ein Boykott erlassen werden wie in Hamburg, dann stände es bei dem darin ausgeübten Terrorismus schlimm um die weitere Existenz der Meister.

Ein Gutes könnte vielleicht der Streik haben, daß dadurch dem Unwesen der Konsum- und Rabatt-Sparvereine und des Zugabewesens gesteuert würde. Die Meister würden aber doch in's Hintertreffen gerathen, sobald wieder in einem Theil der Presse Verdächtigungen und Angriffe gegen das Bäckergerwerbe erfolgten.

Sprechmeister Wolte führte aus, daß von den ca. 8000 Bäcker gesellen in Berlin, von denen über 1500 organisiert sind, durchschnittlich 2000 fremd liegen und daß dies vielfach verheerend sei. Diesen einsichtsvolleren Leuten hätte man bei den in Aussicht zu nehmenden Verhandlungen zuerst die Hand zu reichen und ihnen zu bewilligen, was möglich sei, um sie dadurch vor dem Eingehen in den Streik zurückzuhalten. Von Hause aus mögen die Meister gegen die Gefahren eines Streiks auf der Hut sein, die Lokalzustände in den Bäckereien müßten geregelt werden.

Schließlich erklärte sich die Versammlung auf Vorschlag des Vorsitzenden bereit, gemeinsam Versammlungen der Meister und Gesellen einzuberufen, in denen zu berathen wäre, wie etwaigen Uebelständen abzuwehren sei. Außerdem wurde, ebenfalls wie in Moabit, einstimmig beschlossen, eine Zentralstelle zu schaffen, wo den Gesellen die Möglichkeit geboten wird, wirkliche Mißstände über Kost, Logis und Lohn melden zu können, damit seitens der Meister Abhilfe geschaffen werden kann.

Auch der Bäckermeister-Bezirksverein der Draniensburger und Hamburger Vorstadt, des Wedding und Gesundbrunnens beschäftigte sich mit der Streitangelegenheit. Von einigen Rednern wurde der Streik überhaupt noch nicht besprochen und kann im Grunde genommen nur harmlos verlaufen. Da die Verhältnisse hier doch anders liegen, als in Hamburg, so braucht man auch den Boykott nicht so sehr zu fürchten. Jedoch erkannte man die Nothwendigkeit der Abwehr eines solchen an und suchte nach Mitteln, wie man der Beunruhigung in Gesellenkreisen gerecht werden könne. Der Vorsitzende des Vereins Süd-West, Kollege Gaede, hielt in seinen Ausführungen die Vereine ganz besonders dazu geeignet, die gegenwärtige Krise einzudämmen, und machte deshalb folgenden Vorschlag: In den Vereinen Zentralen zu gründen, durch deren Vermittelung den von Gesellen und Lehrlingen angebrachten Klagen und Wünschen, wenn sie gerechtfertigt erscheinen, nach Möglichkeit im Wege der Güte Abhilfe geschafft werden könne. Dieser Vorschlag fand in Form einer Resolution die Zustimmung der Versammlung.

Die Ausführungen, welche dort von einzelnen Rednern gemacht wurden, sind für uns von ganz besonderem Interesse. So sind die Aussagen des Herrn Gaede über die Wirkungen des Brotkoykotts ja nur das, was wir schon des Ofteren ausgeführt haben und noch an Hunderten einzelner Beispiele beweisen könnten, aber es hat immerhin Werth, dies jetzt von einem Manne, der sich die Sache angesehen hat, bestätigt zu hören.

Wie reimt sich aber dies Zugeständniß über die schweren Schäden durch den Streik und Boykott mit dem Artikel im Meisterorgan gleich nach Beendigung des Streiks zusammen, in welchem mit allerhand Phrasen die Thatfache bestritten werden sollte, daß die Innungsleute eine kolossale Niederlage erlitten haben?

Man scheint jetzt eingestehen zu wollen, daß dem doch so ist, und die Erkenntniß der Wahrheit ist schon immer ein Schritt zur Besserung — wenn unsere Innungsprogen überhaupt noch der Besserung fähig sind.

Werthvoll ist auch das Wort, daß viele Arbeitgeber in ihren Gesellen nur eine „Arbeitsmaschine“ sehen, welches Wort wir uns merken wollen. Doch die Bäckermeister behandeln ihre Gesellen nicht mal wie eine solche, denn diese repräsentirt immer noch einen Werth, der ersetzt werden muß, sobald die Maschine zur Arbeit untauglich geworden ist, während man den Gesellen auf das Straßengpflaster wirft, wenn man ihn genug ausgepreßt hat und nichts mehr aus seinen Knochen heraus schlagen kann. Es scheint ja fast so, als wenn die Angst vor ähnlichen Vorgängen wie in Hamburg-Altona die Leuten ganz vernünftig machen sollte und sie wenigstens zu kleinen Zugeständnissen bereit wären, was wir vorläufig noch stark zu bezweifeln wagen. Aber die Berliner organisierten Kollegen müßte das nur anspornen, einmal die Probe auf das Exempel zu machen, um zu sehen, in welcher Weise die zu gründenden Zentralstellen für Abstellung von Uebelständen in der Bäckerei funktionieren.

Mit derartigen Beschwerden bei Innungsorganen über Uebelstände hat man bisher immer recht trübe Erfahrungen gemacht, sie dienen stets nur als Handhabe für Maßregelungen. Ob dies jetzt anders werden soll?

Auch könnte es nur für uns vortheilhaft sein, in die dargebotene Hand zu Unterhandlungen über die Forderungen (wenn solche genau formulirt sind) einzuschlagen, vielleicht lassen die Herren jetzt eher mit sich reden, als vor Jahren. Vor allen Dingen ist es aber nothwendig, daß die dortigen Kollegen die Situation nicht allzu optimistisch ansehen, denn der Fuchs predigt den Hühnern Frieden, wenn er sie fressen will, und deshalb seid auf der Hut und organisiert Euch!

Der gesetzliche Mindestlohn in Victoria (Australien).

Das Fabrik- und Werkstättengesetz von 1896, angenommen am 28. Juli 1896 von der Kolonie Victoria, enthält den Paragraphen, daß hinsichtlich der Kleidermacher, Tischler und Bäcker der Gouverneur des Rathes eine Behörde einsetzen kann (je zur Hälfte aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehend), um den Mindestlohn festzustellen (für Arbeit außerhalb des Geschäfts sind solche Löhne auf Stückarbeit festzustellen), welcher den Arbeitnehmern zu zahlen ist, sowie die Anzahl der Lehrlinge, welche beschäftigt werden dürfen, festzusetzen. Zuwiderhandlungen gegen die Festsetzungen der Behörde werden mit einer Geldstrafe belegt (bis zu M. 200 für die erste Uebertretung, von M. 100—500 für die zweite und von M. 1000—2000 für die dritte Uebertretung) und hat eine dritte Uebertretung die Streichung der Eintragung des Geschäfts zur Folge.

In dem Berichte des ersten Fabrikinspektors der Kolonie für das Jahr 1897, datirt vom 1. Juni 1898, ist angegeben, daß sechs Behörden für die folgenden Gewerbe ernannt sind: Bäckereien; Herren- und Knabenkleider; Stiefel, Schuhe usw.; Hemden, Stulpen, Kragen usw.; Möbel; Frauen- und Mädchenunterkleider. Fünf von diesen Behörden trafen Entscheidungen

über Mindestlöhne, aber die letztgenannte Behörde traf darüber keinerlei Entscheidung „und wird deren Ernennung keine guten Folgen haben“.

In den Bäckereien scheint der von der Behörde festgesetzte Mindestlohn (Arbeit nach der Zeit) allgemeine Zufriedenheit, sowohl bei den Arbeitgebern wie bei den Arbeitern, gefunden zu haben. In dem Kleidermachergewerbe gab der von der Behörde festgesetzte Mindestlohn (Zeit- und Stückarbeit) keinen Anlaß zu ernstlichen Ausstellungen, jedoch in denjenigen Geschäften, welche „fertige Kleider“ herstellen, erhielten die Arbeiter außer dem Hause sehr wenig Arbeit. Der Grund ist, daß das Gesetz vorschreibt, den Arbeitern außer dem Hause den Stückarbeiterlohn zu zahlen, wobei die Mindestlohnhöhe für Stückarbeit etwas höher als die Mindestlöhne für Zeitarbeit festgesetzt wurden, so daß der Arbeiter außer dem Hause eine kleine Extrazahlung für die Fahrt von und nach der Fabrik, Maschinenmiete, Wohnungsmiete, Feuerung usw. erhält. Die Arbeitgeber finden es daher billiger, ihre Arbeit in ihren Werkstätten, als außerhalb derselben anfertigen zu lassen.

Die Behörde für Möbelherstellung setzte einen Mindestlohn für Zeitarbeit fest, entschied jedoch, daß es unthunlich wäre, eine Lohnabelle für Stückarbeit aufzustellen. Die chinesischen Arbeiter fanden indessen, daß, während den besten von ihnen der Mindestlohn gezahlt wurde, eine große Zahl langsamer und alter Arbeiter entlassen wurde. Die Chinesen haben einen starken Verein, der genöthigt war, die Arbeitslosen zu unterstützen. Infolge der hierdurch dem Vereine auferlegten schweren Bürde begannen die chinesischen Arbeiter einen Ausstand, nahmen jedoch nach einiger Zeit die Arbeit wieder auf. Der erste Inspektor bemerkt: „Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß die Arbeit nach einem Stückarbeitssystem wieder begonnen war, aber Beide, die Arbeiter und Arbeitgeber, erklären, daß die Arbeiter nach dem von der Behörde festgesetzten Lohnsätze für Zeitarbeit bezahlt werden.“ Die Vorschriften der beiden anderen Behörden sind noch nicht lange genug in Kraft, um ihre Wirkungen in diesem Berichte aufzuführen zu können. („Labour-Gazette“.)

Versammlungen.

Berlin. Am Dienstag, den 8. November, fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe um 4 Uhr mit der Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Altgesellenwahlen. 2. Unser Arbeitsnachweis. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt hatte Kollege Höpfer das Referat übernommen, und führte er die verschiedenen Gründe und Ursachen an, die uns zwingen, den Altgesellenwahlen näher zu treten. Auch die Versammlung war allgemein der Ansicht, daß wir uns lebhaft daran betheiligen müssen, um durch tüchtige, erfahrene Leute, die unsere Interessen voll und ganz wahren, vertreten zu sein. Zur Hebung unseres Arbeitsnachweises wurden verschiedene Vorschläge gemacht und stimmten die Redner überein, daß wir unser Augenmerk darauf richten müssen, daß die größeren Brotbäckereien unseren Arbeitsnachweis in Anspruch nehmen und sind die, welche ihn nicht anerkennen wollen, im „Vorwärts“ zu veröffentlichen. Unter „Verschiedenes“ protestirt Kollege Höpfer lebhaft gegen die Anmerkung des Hauptvorstandes in unserer Fachzeitung vom 29. Oktober, die den Führer der Berliner Bäckerbewegung zum Vorwurf macht, daß sie sich gegenseitig bekämpfen, aber nicht das Solidaritätsgefühl der Kollegen zu wecken verständen, was aus den vielen Berliner Streikbrechern beim Hamburger Streik zu ersehen sei. Einige Kollegen widersprachen ihm, indem sie dasselbe nicht auf uns, sondern auf den Fachverein bezöge. Auch Kollege Henschold protestirt gegen die Anmerkung und brachte folgende Resolution ein: „Die heutige Mitgliederversammlung protestirt entschieden gegen die Anmerkung der Redaktion der „Deutschen Bäcker-Ztg.“ vom 29. Oktober, welche die Führer der Organisation von Berlin direkt für die elenden Streikbrecher von Berlin beim letzten Streik in Hamburg verantwortlich machen will, welches aber nur in den wirtschaftlichen Verhältnissen Berlins liegt.“ (Ob dieser Protest wohl an den in der Anmerkung bezeichneten Thatsachen etwas ändern wird? Obgleich uns die Luft fest, den Raum des Fachblattes zu einer solchen Polemik zu verschwenden, müssen wir doch jedes Wort der Anmerkung aufrecht erhalten. Die Red.) Die Resolution wurde mit verschiedenen Gegenstimmen angenommen. Zum Schluß weist der Vorsitzende noch auf die Delegirtenwahl der Ortskrankenkasse hin und bittet die Kollegen, sich lebhaft daran zu betheiligen, um auch hier eine würdige Vertretung zu haben und schließt um 8 Uhr die Versammlung.

Braunschweig. Eine ziemlich gut besuchte Versammlung fand hier am 21. vorigen Monats statt, und zwar mit der Tagesordnung: Welches sind die Ziele und der Zweck unseres Verbandes? Hierzu hatte Kollege Kahl das Referat übernommen. In eingehender und ausführlicher Weise erläuterte derselbe an der Hand zahlreichen Materials den Nutzen unserer Organisation, am Schluß die Kollegen aufzufordern, gemeinsam durch Anschluß an den Verband für bessere Zustände unserer Berufskollegen zu kämpfen, damit man nicht etwaiger Folge, die im Laufe der Zeit errungen worden sind, wieder verlustig gehe. Obwohl zu dieser Versammlung von Seiten der Altgesellen besondere Gegenagitacion entfaltet wurde, hat uns dieselbe gezeigt, daß die Kollegen nicht mehr in ihrer früheren lethargie verharren, sondern anfangen, zu denken. Eine recht interessante Diskussion entspann sich nach dem Referat. Nachdem nämlich Kollege Gruber die Gegner von dem letzten Bräckerchafts-Versammlung aufgefordert hatte, doch ihren vorhandenen Redestoff, womit die Herren renommirt hatten, zum Besten zu geben, bedurfte es erst einer mehrmaligen Aufforderung, bis endlich ein gewisser Herr Bammel seinem gepreßten Herzen Luft machte. Unter anderem Blech, welches dieser Konfusionsrath zusammenschwafelte, sprach er den frommen Gedanken aus, es müßte uns, den aufklärenden Kollegen oder Hebern, wie er uns bezeichnete, überhaupt verbieten werden, in Braunschweig zu arbeiten. Nachdem er von den Kollegen Kahl und Gruber gehörig abgefertigt worden war und er sich bei der Versammlung lächerlich gemacht hatte, zog er es vor, zu verduften, zum allgemeinen Gaudium der Versammlung. Zum Punkt „Gewerkschaftliches“ erläuterte Kollege Kahl die Bedeutung der hier zu errichtenden Zwangsinnung, die Kollegen aufzufordern, bei der Wahl des Gesellenauschusses nur solche Kollegen zu wählen, die auf im Stande sind, die Interessen der Kollegen in der geeigneten

Welle zu vertreten. Am Schlusse der Versammlung ließ sich wieder eine Anzahl Kollegen aufnehmen.

Bremen. Mitgliederversammlung am 13. November. Verschiedene Punkte der Tagesordnung werden verhandelt. Betreffs des Bezirkstages am 15. Januar 1899 in Verden wird der Kollege Nordmann als Delegierter gewählt und ihm M. 5. Diäten inkl. Reise bewilligt. Alsdann wurde beschlossen, das Bureau des Arbeitsnachweises vom 16. November an von Wegel nach Wilhelmstraße 30 zu verlegen. Mit der Führung der Geschäfte werden die Kollegen Dabinsky und Bremermann beauftragt. Nachdem noch vier neue Mitglieder aufgenommen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Vortmund. Unsere Mitglieverversammlung am 1. November war ziemlich gut besucht und verließ den vorigen Versammlungstag gegenüber als Muster. Es meldeten sich zehn Mitglieder zur Aufnahme. Hierzu erstattete der Kassirer P. Hebermann Bericht in umfangreicher und ordentlicher Weise, was die Versammlung lobend anerkannte. Dem Kassirer wurde Verharmlosung, Kollege Nedermeyer wollte eigentlich sein Amt niedersetzen, weil verschiedene unwahre Verdächtigungen gegen ihn verbreitet waren. Er wurde aber einstimmig wiedergewählt. In Erwägung, daß noch keine einheitliche Bezirkstagesordnung besteht, beschließt die Versammlung: Die Mitgliedschaft Vortmund stellt zum nächsten Bezirkstage ihre Anträge in den Verhandlungen im vierten Punkt. Westfalen wählt seinen eigenen Vertrauensmann. Vom Agitationskomitee wird nur für die nächste Agitationstour das Retourbillet bezahlt. Vom Agitationskomitee soll ein Flugblatt herausgegeben und von den Mitgliedern verbreitet werden, selbiges soll zum Schluß die Kollegen zum Beitritt in den Verband anspornen. Ferner wurde beschlossen, es den Mitgliedern zur Pflicht zu machen, der Dresdener Zentralkasse beizutreten.

Erlangen. Bei der am 3. November abgehaltenen Versammlung der Zahlstelle Erlangen wurde die Wahl eines Vorsitzenden, Kassirers, Schriftführers und zweier Revisoren vorgenommen und folgende Herren gewählt: Baum als Vorsitzender, Widmaier als Kassirer, Neff als Schriftführer und Cohnle und Fahrion als Revisoren. Ferner wurde beschlossen, an jedem letzten Donnerstag des Monats eine Versammlung abzuhalten zum Behalten der Beiträge, Aufnahme neuer Mitglieder und event. eines Vortrages. Wegen der Fachzeitung wurde beschlossen, dieselbe an den Vorsitzenden zu senden, von dort aus an die einzelnen Mitglieder zu verbreiten. Nachdem der Vorsitzende in einer Ansprache die Mitglieder aufgefordert, der Sache treu zu bleiben und insbesondere das Persönliche nicht aufkommen zu lassen, wurde die Versammlung um 1/2 Uhr geschlossen.

Jöhoe-Lägerdorf. Am 16. November fand unsere Versammlung in Eggers' Gasthof statt, in welcher Badermeister P. Basse als Revisor und Kollege Koos als Delegierter zum Kartell gewählt wurden. Es wurde beschlossen, die Mitglieder in Jöhoe brieflich zu der nächsten Versammlung nach Lägerdorf einzuladen und kritisiert, daß die Mehrzahl derselben so schnell den Verband wieder den Rücken gekehrt haben. Der frühere Kassirer Lüdemann soll in nächster Versammlung Abrechnung über die ganze Zeit seiner Thätigkeit ablegen. Die monatlichen Versammlungen soll der Vertrauensmann den Mitgliedern mündlich oder schriftlich bekannt geben.

Kiel. Mitgliederversammlung vom 13. November. Die Tagesordnung lautete: 1. Monatsgeschäfte. 2. Bericht vom Kartell. 3. Die Antwort der Revisor auf unsere Anfrage betreffs des Arbeitsnachweises. 4. Vortrag des Kollegen Kerup über „Streiks und Boykotts“. 5. Verschiedenes. Es wurden zwei Mitglieder aufgenommen. Zum zweiten Punkt erhält unser Delegierter das Wort zum Bericht vom Kartell. Die Unterhandlungen mit der Innung über den Arbeitsnachweis müssen einweilen eingestellt werden. Der Innungspräsident hat uns in einem sehr höflichen Schreiben mitgeteilt, daß sie, bevor ihre Statuten nicht von Schleswig juristisch seien, nicht mit uns in Unterhandlung treten könnten. Hieraus erhält Kollege Kerup das Wort zu seinem Vortrag über „Streiks und Boykotts“. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in sehr geschickter Weise. Die Kollegen gaben am Schlusse ihre lebhaftest Zustimmung mit den Ausführungen kund. Leider war die Versammlung nur schwach besucht. In der sich nun entzweigenden Debatte wurde die Gründung einer Streikkasse beschlossen. Es sollen monatlich 20 \mathcal{M} beigetragen werden. Dieser Beitrag soll bei eintretenden Fällen entsprechend erhöht werden. Diese Kasse tritt mit dem 1. Dezember in Kraft. Mit dem Wunsche, daß die nächste Versammlung etwas besser besucht werde, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Lübeck. Am 6. November fand hier selbst unsere regelmäßige, hauptsächlich von jüngeren Kollegen gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Zunächst wurden die Kollegen Lomack und Plotow als Revisoren gewählt. Dem Kartellbericht erstattete Kollege Lomack, erwähnend, daß die letzten letzten Sitzungen nur von einem unserer Delegierten besucht wurden. Aus den Ausführungen besonders hervorzuheben ist, daß der Laborkassirer der Firma Kose & Schweighofer die Arbeit unangelegentlich hielten; beschlossen wurde, falls der Streik länger als drei Wochen dauert, daß die Ausführenden von Seiten der Gewerkschaften unterstützt werden sollen. Der Kassirerbericht, welcher von den Revisoren für richtig befunden ist, wurde vom Kassirer verlesen. Eine kurze Debatte entspann sich über die Ausgabe von M. 4, die der Kollege Altmann für eine Reise erhalten habe, doch wurde die Angelegenheit vertagt, weil der erste Vorsitzende nicht anwesend war. Kollege Holz konstatirte bei dieser Gelegenheit, daß, so lange wie er in Lübeck sei, das Kasseeverhältnis noch nie ein so gedrucktes gewesen sei wie zur Zeit, denn er habe immer Einbid in die Kasseebücher gehabt. In M. 1 wurde die Abhaltung eines Weihnachtsvereins beschlossen, und ein diesbezügliches Komitee gebildet. Unter „Verschiedenes“ wurde der vom Kollegen Kuffmann gestellte Antrag, wegen des bevorstehenden Weihnachtsfestes einen Vortrag halten zu lassen über das Thema: „Friede auf Erden und der Menschen ein Wohlgefallen“, einstimmig angenommen. Ein Antrag des Kollegen Holz, zu dieser Versammlung zwei Nichtmitglieder zuzulassen, fand ebenfalls Annahme, und sei hiernächst besonders darauf hingewiesen. Weiter wurde mitgeteilt, daß der Kollege Dittus, beschäftigt in der Genossenschaft, in dem Verbände angetreten ist. Dieses rief eine lebhafteste Debatte hervor. Unter anderem erklärte Kollege Holz, daß er nicht den Vorzug den Kollegen allein Vorwürfe mache, sondern hauptsächlich dem Geschäftsführer, welcher gelegentlich erklärt hat, daß die Genossenschaft eingestrichelt werden, für die er Sympathie hat. Ein solches Verhalten kam es jedoch nicht zu. Eine ziemlich gute Debatte beendete die Arbeitsnachweis der Innung. Der Kollege Holz brachte, nicht einhaltend, Kollege Holz, der in wiederholten Fällen überzogen sei. Eine Tagesrede habe

nicht gekräftigt. In dieser Angelegenheit erhielt der anwesende Genosse Wengels das Wort. Derselbe führte aus, er sei zur Zeit der Entscheidung des Nachweises Mitglied vom Kartell gewesen und habe die gekräftigten Worte des Badermeisters der Baderinnung mit angehört. Derselbe hätte erklärt, daß es der Innung vollständig gleich sei, ob blau oder roth, Maßregelungen sollten nicht vorkommen. Geschiehe Solches dennoch, so müßte die Gewerkschaft Material sammeln und wieder an das Kartell herantreten. Er sei überzeugt, daß vor den Worten des Badermeisters einer Baderinnung nicht Halt gemacht würde. Unbedingt notwendig jedoch ist, daß sich die Kollegen selbst einigen, und diejenigen, die in gesicherter Stellung sind und eine Maßregelung wegen ihres Eintretens für die Interessen der Organisation nicht zu befürchten haben, besonders ihre Schuldigkeit thun, wenn diese sollen die Stütze der jüngeren Kollegen bilden und nicht, wie es schon geschehen sei, die Würger spielen. Beschlissen wurde, die Sache dem Vorstande zu überweisen.

Leipzig. Eine öffentliche Versammlung fand am Mittwoch, den 9. November, in der „Flora“ statt. Kollege W. Heyer referirte über die geschichtliche Entwicklung der Baderbewegung. Im Jahre 1866 haben die ersten Versammlungen und Streiks in Berlin stattgefunden, durch letztere wurde jedoch wegen der mangelhaften Organisation nicht viel erreicht. 1867 fand der erste deutsche Baderkongress in Berlin statt, 1870 abermals ein Streik der Berliner Kollegen. Drei Jahre später wurde dann der Germaniaverband von den Innungen gegründet. 1874 war es Ernst Pfeiffer, der den damaligen deutschen Badergesellenverein gründete, der jedoch kein langes Leben hatte. 1884 war es wieder Ernst Pfeiffer, der die erste Fachzeitung, „Der Bader“, herausgab. 1886 fixirten die Kollegen in Hamburg, 1889 in Berlin und Leipzig. Alle diese Streiks hatten keine großen Erfolge, höchstens kleine Aufbesserungen am Lohne. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Neuwahl und Abrechnung des Agitationskomitees. Die Einnahme betrug M. 627,88, die Ausgabe M. 600,79, so daß ein Kasseebestand von M. 27,09 verbleibt. Gewählt wurden die Kollegen E. Müller, Leube und Schinnerling. Unter „Gewerkschaftliches“ wurden verschiedene Mißstände in größeren und kleineren Baderereien besprochen. Ein Mitglied des Gesellenausschusses, das Sonntags früh die Baderereien revidirte, hat sämmtliche von ihm besuchten Baderereien bei der Arbeit betrogen. Er forderte die Kollegen auf, Sonntags nicht länger als bis 8 Uhr zu arbeiten. Einer scharfen Kritik wurde die Badererei des Konsumvereins Plagwitz unterzogen. An Lohn- und Arbeitszeitverhältnissen ist weniger etwas auszusagen. Ueberall ist es schon vorgekommen, daß im Drange der Arbeit etwas verbrannt wird, aber so gehandhabt, wie im Konsumverein Plagwitz, wird es da nicht, nämlich, daß die Säuber, die das Unglück hatten, aus Versehen etwas verbrennen zu lassen, dafür mit ihrem Arbeitslohne büßen mußten. Und das ist in der letzten Zeit mehrfach vorgekommen. Trotz der Massenfäbrilation, wo Eins das Andere treibt, giebt aber der Badermeister, der doch ein Fachmann ist, zu, um seine Existenz zu befestigen, es wäre nur Verstand, und nach diesen Aussagen handelt die Verwaltung und kürzt den ihr zugefügten Schaden vom Lohne des Arbeiters.

Magdeburg. Am Donnerstag, den 13. Oktober, fand in Grothum's Restaurant, Kl. Klosterstraße 16, die Monatsversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Beitragshebung und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom letzten Quartal. 3. Lokalfrage. 4. Zeitungsverlag. 5. Verschiedenes. Nach Erledigung des ersten Punktes wurde beschlossen, Punkt 2 bis zur nächsten Monatsversammlung zu vertagen. Die Punkte 3 und 4 wurden nach kurzer Debatte erledigt, da die Mitglieder alle damit einverstanden waren, in Grothum's Lokal unsere Versammlungen abzuhalten. Auch die Abholung der Zeitungen aus dem Lokale wurde einstimmig angenommen. Hiernach hielt Kollege Heeren eine längere Rede, in welcher er den Hamburger Streik in seiner Entstehung, die harten Kämpfe während desselben, sowie das gerechte Ende eingehend besprach. Auch rühmte er das solidarische Verhalten der Hamburger Arbeiterschaft. Er kam noch auf die Dehnbauener Kaiserrede zu sprechen, nach welcher die zum Streik Anreizenden mit Zuchthausstrafe belegt werden sollen. Er hob hervor, daß diejenigen, die um derartige Sachen mit Wörtern und Dieben zusammengestekt würden, auf das Zuchthauskleid stolz sein dürften und dasselbe als Ehrenkleid anzuziehen sei.

Am 10. November fand in Grothum's Lokal die gewöhnliche Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Beitragshebung und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl eines zweiten Vorsitzenden und eines Kassirers. 3. Verschiedenes. Nach Erledigung des ersten Punktes wurden Kollege Engel als Kassirer und Kollege Groffe als zweiter Vorsitzender gewählt. Beim dritten Punkt stellte Kollege Reihner den Antrag, eine Statistik der örtlichen Verhältnisse in den Baderereien in Magdeburg aufzunehmen. Kollege Heeren bemerkte hierzu, daß die mit großen Kosten verbundene Aufnahme der Statistik sehr wünschenswert sei und schlägt vor, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Auch wünscht Kollege Heeren, daß nach Weihnachten ein Diskutirklub gegründet werde. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und der Vorstand beauftragt, sich um ein Lokal zu bemühen. Kollege Engel stellte den Antrag, daß zwecks Agitation eine öffentliche Versammlung einberufen werde. Dieser Antrag wird angenommen und festgesetzt, daß dieselbe am 24. November stattfinden soll. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Offenbach a. M. Dienstag, den 25. Oktober, Nachm. 4 Uhr, fand im Lokale „Zur Stadt Heidelberg“ unsere Mitgliederversammlung statt. Als die Monatsbeiträge erhoben waren, wurden vier neue Mitglieder aufgenommen. Im zweiten Punkt, Wahl eines zweiten Vorsitzenden und eines Kassirers, wurden Kollege Wiltz, Görtlich und Joh. Grötzinger gewählt. Dritter Punkt: „Wie stellen sich die Offenbacher Badergesellen zu einem Arbeitersekretariat?“ Zur Gründung eines Arbeitersekretariats ist eine größere Summe Geldes nöthig. Dieselbe soll durch einen monatlichen Beitrag von 10 \mathcal{M} zusammengebracht werden. Die heutige Mitgliederversammlung ist nicht mit einem monatlichen Beitrage einverstanden, sondern für einen freiwilligen Beitrag, damit auch die indifferenten Arbeiter herangezogen werden, welche auch den Vortheil davon haben. Vierter Punkt: „Die Weihnachtsfeierlichkeit.“ Wegen Saalmangels wurde beschlossen, Weihnachten keine Festlichkeit abzuhalten. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde ein gemeinsamer Ausflug nach Fachsenheim zum Besuche unserer dortigen Kollegen festgesetzt.

Die Versammlung am Dienstag, den 8. November, im Lokale „Zur Stadt Heidelberg“, war schwach besucht. Es wurde wiederum ein Mitglied aufgenommen. Es werden immer neue Mitglieder aufgenommen, und wenn die Versammlung stattfinden soll, sind sehr wenige davon da. Wir fordern daher unsere Offenbacher, Fachsenheimer und Bärger Kollegen auf, die Ver-

sammlungen besser zu besuchen, damit sie auch den Zweck und Nutzen der Organisation kennen lernen. Kollege Christian theilte den Bericht vom Kartell mit. Weiter wurden die Abrechnungen vorgelesen und die Revisoren ersucht, die Bücher nachzusehen. Als vierter Punkt war die Arbeitslosenunterstützung aufgestellt, mußte aber des schlechten Besuchs wegen von der Tagesordnung abgelegt werden. Beim Punkte „Verschiedenes“ wurden noch einige Vereinsangelegenheiten besprochen.

Plauenischer Grund. Am 6. November fand in Kunath's Restaurant, Deuben, eine Baderversammlung statt. Tagesordnung: 1. Besprechung über Arbeitslosenunterstützung. Das Referat hatte Kollege Reimann übernommen. 2. Ausschluß des Kollegen Welzel (Friedrich August-Mühle) aus dem Verband. Derselbe wurde von seinen Arbeitskollegen als Schwindler und Betrüger gekennzeichnet, ferner bezeichnete Welzel den Kollegen Geier als den Verräther der letzten Lohnbewegung. Geier verspricht der Versammlung, diese Verleumdung nicht auf sich ruhen zu lassen, sondern weitere Schritte einzuleiten. Welzel wurde einstimmig ausgeschlossen. 3. Die Abrechnung vom Hamburger Streik ergab, daß bei dem Vertrauensmann M. 110,20 eingegangen sind. 4. Gewerkschaftliches. Es wurde beschlossen, den Badermeister Rare-Potschappel, der seinen Lehrling 14-15 Stunden beschäftigt, und den Badermeister und Gemeindevorstand Meier in Nieder-Pesterwitz, dessen Gesellen ebenfalls 14 Stunden arbeiten, zur Anzeige zu bringen. Weiter wurde die Nachbubenordnung der Baderinnung einer herben Kritik unterzogen und soll dieselbe den Arbeitern des Plauenischen Grundes veröffentlicht werden. Ein Kollege theilte noch mit, daß der Badermeister Hentschel in Deuben ihm den Besuch seiner Gesellen verboten habe. Warum? Bestehen vielleicht bei Herrn Hentschel Mißstände, die die Öffentlichkeit zu scheuen haben?

Reimsfeld. Am 6. November tagte hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung. Kollege Götte referirte unter dem Vorfalle der Anwesenheit über das unergiebende Handwerk und seine versuchte Rettung durch das Handwerkergele. Ueber die Abschaffung der Sonnagarbeit sprach Kollege Steier. Er führte aus, daß am 21. August eine Versammlung folgende Forderungen erhoben habe: 1. Abschaffung der Arbeit in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag; 2. Strikte Einhaltung der Bundesratsverordnung vom 4. März 1896. Das Bureau jener Versammlung wurde beauftragt, diese Forderungen der Kommission der vereinigten Badermeister zu unterbreiten, welches in einem Schreiben (von uns in Nr. 19 d. Bl. abgedruckt) an den Vorsitzenden jener Kommission, Herrn Stadtverordneten Straßmann, geschah. Der Vorsitzende Steier führte weiter aus: Trozdem dieses Schreiben schon am 26. August in Händen des Herrn Straßmann gewesen ist, hat es bis jetzt Herr Stadtverordneter und Badermeister Straßmann nicht für nöthig befunden uns auf dasselbe zu antworten. Referent Götte unterzog das Verhalten des Herrn Stadtverordneten Straßmann einer scharfen Kritik. Im Laufe der Versammlung wurde noch eine viergliedrige Kommission gewählt und beauftragt, nochmals bei Herrn Straßmann vorstellig zu werden und weitere Schritte betreffs der Forderungen zu unternehmen. Es ließen sich noch drei Kollegen in den Verband aufnehmen. Um 9 1/2 Uhr erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Wandsbek. In unserer Mitgliedschaft war durch den Streik eine große Umwälzung entstanden. Unsere früheren Mitglieder, welche am 22. Juni die Arbeit niederlegten, sind während des Streiks in Hamburg und Altona in Stellung gekommen, während hier jetzt 20 Mitglieder von beiden Mitgliedschaften in Hamburg arbeiten. Diese traten am 27. Oktober zusammen, um die Mitgliedschaft Wandsbek neu zu konstituieren. Nach einleitendem Referat und Situationsbericht des Kollegen Almann ließ unser bisheriger Vorsitzender, Zimmermann, (jetzt in Hamburg) die Vorstandswahl vornehmen, aus der hervorgingen: J. Azen als Vorsitzender, A. Hirsch als Kassirer und G. Boigt als Schriftführer. In das Gewerkschaftskartell wurde G. Weder als Vertreter delegirt. Beschlissen wurde, die Versammlungen, wie vor dem Streik, wieder jeden zweiten Sonntag im Monat in der Zentrallerbe abzuhalten.

Würzburg. Am Donnerstag, den 27. Oktober, fand im Gasthaus „Zum goldenen Hahn“ eine allgemeine Baderversammlung statt, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Auf der Tagesordnung stand: „Die Gewerbegerichts Wahl und Aufstellung verschiedener Forderungen.“ Nachdem die beiden Kollegen Kieß und Leidig über die Bedeutung der Gewerbegerichts Wahl gesprochen, wurde Kollege Göb einstimmig als Gewerbegerichtsbeisitzer aufgestellt. Hierauf ergriff der Vorsitzende, Kollege Leidia, das Wort und begründete die nachstehenden Forderungen: 1. Für Frühstück ist ein Betrag von 30 \mathcal{M} auszugeben. 2. Für Abendessen ist ein Betrag von 36 \mathcal{M} auszugeben. 3. Drei freie Nächte im Jahre, nämlich Ostern, Pfingsten und Weihnachten. Diese Freinächte sind vom Montag auf Dienstag zu geben und darf an diesen Tagen nichts gebadet werden. 4. Einhaltung der zwölfstündigen Arbeitszeit und der Sonntagsruhe. 5. Für jeden Gehülfen ein Bett, welches monatlich mit frischer Wäsche zu versehen ist. 6. Für jeden Gehülfen zwei Handtücher die Woche. 7. Im Zimmer der Gehülfen müssen ein Tisch und Stühle vorhanden sein und verschleißbare Kleiderstücke, je nach der Gehülfenzahl; ferner muß das Zimmer wöchentlich feucht gereinigt werden. 8. Regelung des Sprechens nach dem Statut, welches vor einigen Wochen der Innung eingereicht wurde. 9. Für Ausbühlarbeit müssen dem ersten Gehülfen M. 3, dem zweiten M. 2,50, dem dritten M. 1,50 bis M. 2 bezahlt werden. Nachdem noch einige Gehülfen sich für die Forderungen ausgesprochen hatten, kam folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heute im Gasthause „Zum goldenen Hahn“ stattgefundene allgemeine Baderversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und spricht, für die Durchführung der Forderungen nach Kräften einzutreten.“ Hierauf richtete der Referent noch einige ernsthafte Worte an die Versammelten und schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Baderbewegung die Versammlung.

Am Donnerstag, den 10. November, tagte im Saale „Zum goldenen Hahn“ eine sehr gut besuchte allgemeine Baderversammlung. Kollege Leidig eröffnete dieselbe um 3 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung stand: „Die Forderungen der Gesellen und wie sind dieselben durchzuführen?“ Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referate des Kollegen Leidig wurden viele Mißstände gemeldet, welche mitunter himmelschreiend sind. Hierauf wurde eine Anzahl Kollegen in den Verband aufgenommen, was mit Freuden begrüßt wurde. Alsdann erfolgte der Schluß der Versammlung mit einem Hoch auf die Baderbewegung.

Herausgegeben und redigirt von D. Almann, Hamburg. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.